

PROTOKOLL

ZUR ÄNDERUNG DES ZUSATZÜBEREINKOMMENS VOM 31. JANUAR 1963 ZUM PARISER ÜBEREINKOMMEN VOM 29. JULI 1960 ÜBER DIE HAFTUNG GEGENÜBER DRITTEN AUF DEM GEBIET DER KERNENERGIE IN DER FASSUNG DES ZUSATZPROTOKOLLS VOM 28. JANUAR 1964 UND DES PROTOKOLLS VOM 16. NOVEMBER 1982

DIE REGIERUNGEN der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, des Königreichs Spanien, der Republik Finnland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Königreichs Norwegen, des Königreichs der Niederlande, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Republik Slowenien, des Königreichs Schweden und der Schweizerischen Eidgenossenschaft-

IN DER ERWÄGUNG, dass einige Bestimmungen des Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 durch das am 12. Februar 2004 in Paris geschlossene Protokoll, dessen Unterzeichner sie sind, geändert wurden-

IN DER ERWÄGUNG, dass es wünschenswert ist, auch das Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 zu ändern-

SIND wie folgt **ÜBEREINGEKOMMEN**:

I.

Das Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 wird wie folgt geändert:

A. Absatz 2 der Präambel wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

ALS VERTRAGSPARTEIEN des im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, nunmehr Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, geschlossenen Übereinkommens vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des am 28. Januar 1964 in Paris geschlossenen Zusatzprotokolls, des am 16. November 1982 in Paris geschlossenen Protokolls und des am 12. Februar 2004 in Paris geschlossenen Protokolls (im Folgenden „Pariser Übereinkommen“ genannt);

B. Artikel 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 2

a) Unter dieses Übereinkommen fällt nuklearer Schaden, für den auf Grund des Pariser Übereinkommens der Inhaber einer im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei dieses Übereinkommens (im Folgenden „Vertragspartei“ genannt) gelegenen, für friedliche Zwecke bestimmten Kernanlage haftet, und der entstanden ist

i) im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder

ii) in oder über den Meeresgebieten außerhalb des Küstenmeers einer Vertragspartei

1. an Bord eines die Flagge einer Vertragspartei führenden Schiffes oder durch ein solches Schiff, oder an Bord eines im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei registrierten Luftfahrzeugs oder durch ein solches Luftfahrzeug, oder auf einer der Hoheitsgewalt einer Vertragspartei unterstehenden künstlichen Insel, Anlage oder Struktur oder durch eine solche Insel, Anlage oder Struktur oder
2. einem Staatsangehörigen einer Vertragspartei

mit Ausnahme von Schaden, der in oder über dem Küstenmeer eines Nichtvertragsstaats dieses Übereinkommens entstanden ist, oder

- iii) in oder über der ausschließlichen Wirtschaftszone einer Vertragspartei oder auf dem Festlandsockel einer Vertragspartei in Verbindung mit der Ausbeutung oder Erforschung der natürlichen Ressourcen dieser ausschließlichen Wirtschaftszone oder dieses Festlandsockels,

vorausgesetzt, dass die Gerichte einer Vertragspartei gemäß dem Pariser Übereinkommen zuständig sind.

b) Jeder Unterzeichner- oder beitretende Staat kann bei der Unterzeichnung dieses Übereinkommens, bei seinem Beitritt zu diesem oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde erklären, dass er natürliche Personen, die im Sinne seiner Gesetzgebung ihren gewöhnlichen Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet haben, oder bestimmte Gruppen solcher Personen bei der Anwendung des Absatzes (a)(ii) 2. seinen Staatsangehörigen gleichstellt.

c) Im Sinne dieses Artikels schließt der Ausdruck „Staatsangehöriger einer Vertragspartei“ eine Vertragspartei und alle ihre Gebietskörperschaften sowie öffentliche und private Gesellschaften und Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit ein, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ihren Sitz haben.

C. Artikel 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 3

a) Unter den in diesem Übereinkommen festgelegten Bedingungen verpflichten sich die Vertragsparteien, dafür Sorge zu tragen, dass Entschädigung für den in Artikel 2 genannten nuklearen Schaden vorbehaltlich der Anwendung des Artikels 12bis bis zu einem Betrag von 1 500 Millionen Euro je nuklearem Ereignis geleistet wird.

b) Diese Entschädigung wird wie folgt geleistet:

- i) bis zu einem Betrag von mindestens 700 Millionen Euro, der zu diesem Zweck in der Gesetzgebung derjenigen Vertragspartei festgesetzt wird, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, durch Mittel, die aus einer Versicherung oder einer sonstigen finanziellen Sicherheit stammen, oder durch gemäß Artikel 10(c) des Pariser Übereinkommens bereitgestellte öffentliche Mittel, wobei diese Mittel bis zu einem Betrag von 700 Millionen Euro in Übereinstimmung mit dem Pariser Übereinkommen verteilt werden;
- ii) zwischen dem in Absatz (b)(i) genannten Betrag und 1 200 Millionen Euro durch öffentliche Mittel, die von derjenigen Vertragspartei bereitzustellen sind, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist;
- iii) zwischen 1 200 Millionen Euro und 1 500 Millionen Euro durch öffentliche Mittel, die von den Vertragsparteien nach dem in Artikel 12 vorgesehenen Aufbringungsschlüssel bereitzustellen sind, wobei dieser Betrag in Übereinstimmung mit der in Artikel 12bis genannten Regelung erhöht werden kann.

- c) Zu diesem Zweck muss jede Vertragspartei
- i) entweder in ihrer Gesetzgebung festlegen, dass die Haftung des Inhabers einer Kernanlage mindestens die Höhe des in Absatz (a) genannten Betrags erreichen muss, und bestimmen, dass diese Haftung aus den in Absatz (b) genannten Mitteln gedeckt wird, oder
 - ii) in ihrer Gesetzgebung festlegen, dass die Haftung des Inhabers einer Kernanlage mindestens die Höhe des nach Absatz (b)(i) oder Artikel 7(b) des Pariser Übereinkommens festgesetzten Betrags erreichen muss, und bestimmen, dass über diesen Betrag hinaus bis zu dem in Absatz (a) genannten Betrag die in Absatz (b)(i), (ii) und (iii) genannten öffentlichen Mittel unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt als dem der Deckung der Haftung des Inhabers bereitgestellt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die materiellen und Verfahrensvorschriften dieses Übereinkommens unberührt bleiben.
- d) Die Erfüllung der Verpflichtung des Inhabers einer Kernanlage zum Ersatz des Schadens oder der Zinsen und Kosten aus Mitteln gemäß Absatz (b)(ii) und (iii) und Absatz (g) kann gegen ihn jeweils nur insoweit durchgesetzt werden, wie diese Mittel tatsächlich bereitstehen.
- e) Macht ein Staat von der in Artikel 21(c) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch, so kann er nur dann Vertragspartei dieses Übereinkommens werden, wenn er sicherstellt, dass Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Differenz zwischen dem Haftungsbetrag des Inhabers einer Kernanlage und 700 Millionen Euro zu decken.
- f) Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Durchführung dieses Übereinkommens von der in Artikel 15(b) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Befugnis zur Festsetzung besonderer Bedingungen über die in diesem Übereinkommen festgesetzten Bedingungen hinaus bei dem Schadensersatz für nuklearen Schaden, der aus den in Absatz (a) genannten Mitteln geleistet wird, keinen Gebrauch zu machen.
- g) Die in Artikel 7(h) des Pariser Übereinkommens genannten Zinsen und Kosten sind zusätzlich zu den in Absatz (b) genannten Beträgen zu zahlen und gehen zu Lasten
- i) des haftenden Inhabers, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz (b)(i) bezeichneten Mitteln entfallen;
 - ii) der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Anlage dieses haftenden Inhabers gelegen ist, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz (b)(ii) bezeichneten Mitteln entfallen und in dem Maße, wie diese Vertragspartei Mittel zur Verfügung stellt;
 - iii) aller Vertragsparteien, soweit sie auf die Entschädigung aus den in Absatz (b)(iii) bezeichneten Mitteln entfallen.
- h) Die in diesem Übereinkommen genannten Beträge werden in die Landeswährung der Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, entsprechend dem Wert dieser Währung am Tage des Ereignisses umgerechnet, sofern nicht ein anderer Tag für ein bestimmtes Ereignis einvernehmlich zwischen den Vertragsparteien festgesetzt worden ist.

D. Artikel 4 wird gestrichen.

E. Artikel 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 5

Steht dem haftenden Inhaber einer Kernanlage gemäß Artikel 6(f) des Pariser Übereinkommens ein Rückgriffsrecht zu, so steht den Vertragsparteien dieses Übereinkommens dasselbe Rückgriffsrecht zu, soweit öffentliche Mittel gemäß Artikel 3 Absatz (b) und (g) bereitgestellt werden.

F. Artikel 6 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 6

Bei der Berechnung der gemäß diesem Übereinkommen bereitzustellenden öffentlichen Mittel werden bei Tötung oder Verletzung eines Menschen nur die innerhalb von dreißig Jahren nach Eintritt des nuklearen Ereignisses und bei anderem nuklearen Schaden nur die innerhalb von zehn Jahren nach Eintritt des nuklearen Ereignisses geltend gemachten Entschädigungsansprüche berücksichtigt. Diese Frist verlängert sich in den in Artikel 8(e) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Fällen unter den dort festgesetzten Bedingungen. Die nach Ablauf dieser Frist gemäß Artikel 8(f) des Pariser Übereinkommens zusätzlich geltend gemachten Ansprüche werden ebenfalls berücksichtigt.

G. Artikel 7 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 7

Macht eine Vertragspartei von der in Artikel 8(d) des Pariser Übereinkommens vorgesehenen Befugnis Gebrauch, so ist die von ihr festgesetzte Frist eine mindestens dreijährige Verjährungsfrist, die mit dem Zeitpunkt beginnt, in dem der Geschädigte von dem Schaden und dem haftenden Inhaber Kenntnis hat oder hätte Kenntnis haben müssen.

H. Artikel 8 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 8

Alle Personen, auf welche die Bestimmungen dieses Übereinkommens Anwendung finden, haben Anspruch auf vollständigen Ersatz des eingetretenen nuklearen Schadens nach Maßgabe der innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Jedoch kann eine Vertragspartei für den Fall, dass der Schadensbetrag 1 500 Millionen Euro übersteigt oder zu übersteigen droht, angemessene Kriterien für die Verteilung der gemäß diesem Übereinkommen verfügbaren Entschädigungssummen aufstellen. Dabei darf kein Unterschied hinsichtlich der Herkunft der Mittel und, vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 2, hinsichtlich der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Aufenthalts des Geschädigten gemacht werden.

I. Artikel 9 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 9

a) Die Auszahlung der nach diesem Übereinkommen bereitgestellten öffentlichen Mittel wird von derjenigen Vertragspartei geregelt, deren Gerichte zuständig sind.

b) Jede Vertragspartei trifft die erforderlichen Maßnahmen, damit die durch nukleare Ereignisse Geschädigten ihre Entschädigungsansprüche geltend machen können, ohne verschiedene Verfahren je nach Herkunft der für die Entschädigung bestimmten Mittel einleiten zu müssen.

c) Eine Vertragspartei ist verpflichtet, die in Artikel 3 Absatz (b)(iii) genannten Mittel bereitzustellen, wenn die Entschädigungssumme nach diesem Übereinkommen die Gesamtsumme der in Artikel 3 Absatz (b)(i) und (ii) genannten Beträge erreicht, gleichviel, ob die vom Inhaber bereitzustellenden Mittel weiterhin verfügbar sind oder ob die Haftung des Inhabers betragsmäßig nicht beschränkt ist.

J. Artikel 10 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 10

a) Die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, hat die anderen Vertragsparteien von dem Eintreten und den Umständen eines nuklearen Ereignisses zu unterrichten, sobald sich herausstellt, dass der dadurch verursachte nukleare Schaden die Summe der in Artikel 3 Absatz (b)(i) und (ii) vorgesehenen Beträge übersteigt

oder zu übersteigen droht. Die Vertragsparteien erlassen unverzüglich alle erforderlichen Vorschriften zur Regelung ihrer Rechtsbeziehungen in dieser Hinsicht.

b) Allein die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, ist befugt, die anderen Vertragsparteien um die Bereitstellung der öffentlichen Mittel gemäß Artikel 3 Absatz (b)(iii) und Absatz (g) zu ersuchen und diese Mittel zu verteilen.

c) Diese Vertragspartei übt gegebenenfalls für Rechnung der anderen Vertragsparteien, die gemäß Artikel 3 Absatz (b)(iii) und Absatz (g) öffentliche Mittel bereitgestellt haben, die in Artikel 5 vorgesehenen Rückgriffsrechte aus.

d) Vergleiche, die über die Zahlung einer Entschädigung für nuklearen Schaden aus den in Artikel 3 Absatz (b)(ii) und (iii) bezeichneten öffentlichen Mitteln in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften geschlossen werden, werden von den anderen Vertragsparteien anerkannt; von den zuständigen Gerichten erlassene Urteile über eine solche Entschädigung sind im Hoheitsgebiet der anderen Vertragsparteien gemäß den Bestimmungen des Artikels 13(i) des Pariser Übereinkommens vollstreckbar.

K. Artikel 11 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 11

a) Sind die Gerichte einer anderen Vertragspartei als derjenigen zuständig, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, so werden die in Artikel 3 Absatz (b)(ii) und Absatz (g) genannten öffentlichen Mittel von der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellt. Die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kernanlage des haftenden Inhabers gelegen ist, erstattet der anderen die verauslagten Beträge. Die beiden Vertragsparteien legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten der Erstattung fest.

b) Sofern mehr als eine Vertragspartei gemäß Artikel 3 Absatz (b)(ii) und Absatz (g) öffentliche Mittel bereitstellen muss, gilt Absatz (a) sinngemäß. Die Erstattung richtet sich nach dem Ausmaß, in dem der Inhaber einer Kernanlage zu dem nuklearen Ereignis beigetragen hat.

c) Erlässt die Vertragspartei, deren Gerichte zuständig sind, nach dem Eintreten des nuklearen Ereignisses Rechts- oder Verwaltungsvorschriften über Art, Form und Umfang des Schadensersatzes, über die Einzelheiten der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz (b)(ii) und Absatz (g) genannten öffentlichen Mittel und gegebenenfalls über die Kriterien für die Verteilung dieser Mittel, so konsultiert sie dabei die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Anlage des haftenden Inhabers gelegen ist. Sie trifft ferner alle erforderlichen Maßnahmen, um dieser die Beteiligung an Gerichtsverfahren und Vergleichsverhandlungen, welche die Entschädigung betreffen, zu ermöglichen.

L. Artikel 12 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 12

a) Der Aufbringungsschlüssel, nach dem die Vertragsparteien die in Artikel 3 Absatz (b)(iii) genannten öffentlichen Mittel bereitstellen, wird wie folgt bestimmt:

- i) zu 35% auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen dem Bruttoinlandsprodukt einer jeden Vertragspartei zu jeweiligen Preisen einerseits und der Summe der Bruttoinlandsprodukte aller Vertragsparteien zu jeweiligen Preisen andererseits, wie sie sich aus der von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlichten amtlichen Statistik für das dem nuklearen Ereignis vorangehende Jahr ergeben;
- ii) zu 65% auf der Grundlage des Verhältnisses zwischen der thermischen Leistung der in dem Hoheitsgebiet jeder einzelnen Vertragspartei gelegenen Reaktoren einerseits und der thermischen Gesamtleistung der in den Hoheitsgebieten aller Vertragsparteien gelegenen Reaktoren andererseits. Diese Berechnung wird auf der Grundlage der thermischen Leistung der Reaktoren, die im Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses in der Liste gemäß Artikel 13 enthalten sind,

vorgenommen. Jedoch wird ein Reaktor bei dieser Berechnung erst von dem Zeitpunkt an berücksichtigt, in dem er zum ersten Mal kritisch geworden ist; ein Reaktor wird bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt, wenn sämtliche Kernbrennstoffe dauerhaft aus dem Reaktorkern entfernt und in Übereinstimmung mit anerkannten Verfahren sicher gelagert worden sind.

- b) „Thermische Leistung“ im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet
- i) vor der Erteilung der endgültigen Betriebsgenehmigung die vorgesehene thermische Leistung,
 - ii) nach der Erteilung dieser Genehmigung die von den zuständigen innerstaatlichen Behörden genehmigte thermische Leistung.

M. Nach Artikel 12 wird folgender neuer Artikel 12bis eingefügt:

Artikel 12bis

a) Im Falle des Beitritts zu diesem Übereinkommen werden die in Artikel 3 Absatz (b)(iii) genannten öffentlichen Mittel erhöht um

- i) 35% eines Betrags, der dadurch bestimmt wird, dass in die genannte Summe das Verhältnis zwischen dem Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen der beitretenden Vertragspartei einerseits und der Summe der Bruttoinlandsprodukte aller Vertragsparteien zu jeweiligen Preisen andererseits mit Ausnahme dem der beitretenden Vertragspartei einbezogen wird, und
- ii) 65% eines Betrags, der dadurch bestimmt wird, dass in die genannte Summe das Verhältnis zwischen der thermischen Leistung der in dem Hoheitsgebiet der beitretenden Vertragspartei gelegenen Reaktoren einerseits und der thermischen Gesamtleistung der in den Hoheitsgebieten aller Vertragsparteien gelegenen Reaktoren mit Ausnahme der beitretenden Vertragspartei andererseits einbezogen wird.

b) Der in Absatz (a) genannte erhöhte Betrag wird auf volle Tausender in Euro aufgerundet.

c) Das Bruttoinlandsprodukt der beitretenden Vertragspartei wird gemäß der von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung veröffentlichten amtlichen Statistik für das dem Wirksamwerden des Beitritts vorangehende Jahr bestimmt.

d) Die thermische Leistung der beitretenden Vertragspartei bestimmt sich gemäß der von dieser Regierung an die belgische Regierung gemäß Artikel 13 Absatz (b) übermittelten Liste der Kernanlagen, unter der Voraussetzung, dass ein Reaktor bei dieser Berechnung der Beiträge gemäß Absatz (a)(ii) erst von dem Zeitpunkt an berücksichtigt wird, in dem er zum ersten Mal kritisch geworden ist; ein Reaktor wird bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt, wenn sämtliche Kernbrennstoffe dauerhaft aus dem Reaktorkern entfernt und in Übereinstimmung mit anerkannten Verfahren sicher gelagert worden sind.

N. Artikel 13 Absätze (a), (b), (f) und (i) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 13

a) Jede Vertragspartei hat dafür zu sorgen, dass alle in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen und für friedliche Zwecke bestimmten Kernanlagen, die unter die Begriffsbestimmung des Artikels 1 des Pariser Übereinkommens fallen, in einer Liste aufgeführt werden.

b) Zu diesem Zweck übermittelt jeder Unterzeichner- oder beitretende Staat der belgischen Regierung bei Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ein vollständiges Verzeichnis dieser Anlagen.

f) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass das von einer anderen Vertragspartei übermittelte Verzeichnis oder eine von dieser mitgeteilte Änderung an der Liste den Bestimmungen dieses Artikels nicht entspricht, so kann

sie Einwendungen hiergegen nur durch Mitteilung an die belgische Regierung und binnen drei Monaten nach dem Zeitpunkt erheben, in dem sie eine Mitteilung entsprechend Absatz (h) erhalten hat.

i) Die Gesamtheit der Verzeichnisse und Änderungen gemäß den Absätzen (b), (c), (d) und (e) stellt die in diesem Artikel vorgesehene Liste dar mit der Maßgabe, dass die nach den Absätzen (f) und (g) vorgebrachten Einwendungen, sofern sie zugelassen werden, Rückwirkung auf den Tag haben, an dem sie erhoben worden sind.

O. Artikel 14 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 14

a) Soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt wird, kann jede Vertragspartei die ihr nach dem Pariser Übereinkommen zustehenden Befugnisse ausüben, und alle demgemäß erlassenen Vorschriften können hinsichtlich der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz (b)(ii) und (iii) genannten öffentlichen Mittel den anderen Vertragsparteien entgegengehalten werden.

b) Die von einer Vertragspartei gemäß Artikel 2(b) des Pariser Übereinkommens erlassenen Vorschriften können jedoch einer anderen Vertragspartei hinsichtlich der Bereitstellung der in Artikel 3 Absatz (b)(ii) und (iii) genannten öffentlichen Mittel nur entgegengehalten werden, wenn diese ihnen zugestimmt hat.

c) Dieses Übereinkommen schließt nicht aus, dass eine Vertragspartei außerhalb des Pariser Übereinkommens und dieses Übereinkommens Vorschriften erlässt, sofern dadurch für die anderen Vertragsparteien keine zusätzlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Mittel entstehen.

d) Sofern alle Vertragsparteien dieses Übereinkommens eine andere internationale Übereinkunft auf dem Gebiet der zusätzlichen Entschädigung für nuklearen Schaden ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihr beitreten, kann eine Vertragspartei dieses Übereinkommens die nach Artikel 3 Absatz (b)(iii) bereitzustellenden Mittel benutzen, um eine etwaige aufgrund dieser anderen internationalen Übereinkunft bestehende Verpflichtung zur Bereitstellung von zusätzlicher Entschädigung für nuklearen Schaden aus öffentlichen Mitteln zu erfüllen.

P. Artikel 15 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 15

a) Jede Vertragspartei kann mit einem Nichtvertragsstaat dieses Übereinkommens ein Abkommen über den Ersatz aus öffentlichen Mitteln für Schaden schließen, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist. Jede Vertragspartei, die den Abschluss eines solchen Abkommens beabsichtigt, hat ihre Absicht den anderen Vertragsparteien mitzuteilen. Geschlossene Abkommen sind der belgischen Regierung zu notifizieren.

b) Soweit die Bedingungen für die Entschädigung nach einem solchen Abkommen nicht günstiger sind als diejenigen, die sich aus den von der betreffenden Vertragspartei zur Durchführung des Pariser Übereinkommens und dieses Übereinkommens erlassenen Vorschriften ergeben, kann der Betrag des Schadens, für den auf Grund eines solchen Abkommens Ersatz zu leisten ist und der durch ein unter dieses Übereinkommen fallendes nukleares Ereignis verursacht worden ist, bei der Anwendung des Artikels 8 Satz 2 für die Berechnung des Gesamtbetrags des durch dieses nukleare Ereignis verursachten Schadens berücksichtigt werden.

c) In keinem Fall können die Vorschriften der Absätze (a) und (b) die sich aus Artikel 3 Absatz (b)(ii) und (iii) ergebenden Verpflichtungen derjenigen Vertragsparteien berühren, die einem solchen Abkommen nicht zugestimmt haben.

Q. Artikel 17 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 17

- a) Ergeben sich Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, so beraten die Streitparteien gemeinsam im Hinblick auf eine Beilegung der Streitigkeit durch Verhandlungen oder auf anderem gütlichen Weg.
- b) Ist eine in Absatz (a) genannte Streitigkeit nicht binnen sechs Monaten ab dem Zeitpunkt, in dem sie von einer der Streitparteien als bestehend bestätigt wurde, beigelegt worden, so treffen sich die Vertragsparteien, um die Streitparteien bei einer gütlichen Einigung zu unterstützen.
- c) Ist eine Beilegung der Streitigkeit nicht binnen drei Monaten nach dem in Absatz (b) genannten Treffen erreicht worden, so wird sie auf Antrag einer der Streitparteien dem Europäischen Kernenergie-Gericht vorgelegt, das durch das Übereinkommen vom 20. Dezember 1957 zur Einrichtung einer Sicherheitskontrolle auf dem Gebiet der Kernenergie errichtet worden ist.
- d) Entsteht aus einem nuklearen Ereignis eine Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Pariser Übereinkommens und dieses Übereinkommens, so findet das Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten Anwendung, das in Artikel 17 des Pariser Übereinkommens vorgesehen ist.

R. Artikel 18 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 18

- a) Vorbehalte zu einer oder mehreren Bestimmungen dieses Übereinkommens können jederzeit vor der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Übereinkommens gemacht werden, wenn die Unterzeichnerstaaten ihnen ausdrücklich zugestimmt haben, oder beim Beitritt oder bei Anwendung der Artikel 21 und 24, wenn ihnen alle Unterzeichner- und beitretenden Staaten ausdrücklich zugestimmt haben.
- b) Die Zustimmung eines Unterzeichnerstaates ist jedoch nicht erforderlich, wenn er selbst nicht binnen zwölf Monaten, nachdem ihm gemäß Artikel 25 der Vorbehalt durch die belgische Regierung notifiziert worden ist, dieses Übereinkommen ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat.
- c) Jeder gemäß Absatz (a) zugelassene Vorbehalt kann jederzeit durch Notifizierung an die belgische Regierung zurückgezogen werden.

S. Artikel 20 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 20

- a) Der Anhang dieses Übereinkommens ist Bestandteil desselben.
- b) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der belgischen Regierung hinterlegt.
- c) Dieses Übereinkommen tritt drei Monate nach Hinterlegung der sechsten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.
- d) Für jeden Unterzeichnerstaat, der dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der sechsten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde ratifiziert, annimmt oder genehmigt, tritt es drei Monate nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

T. Artikel 21 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 21

Änderungen dieses Übereinkommens werden im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien angenommen. Sie treten in Kraft, wenn alle Vertragsparteien sie ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben.

U. Artikel 25 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Artikel 25

Die belgische Regierung notifiziert allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten den Erhalt jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigung-, Beitritts- oder Kündigungsurkunde sowie alle sonstigen Notifizierungen, die sie erhalten hat; sie notifiziert ihnen ferner den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens, den Wortlaut der angenommenen Änderungen und den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens, die gemäß Artikel 18 gemachten Vorbehalte sowie Erhöhungen der Entschädigung gemäß Artikel 3 Absatz (a) auf Grund der Anwendung des Artikels 12bis.

V. Der Anhang wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Anhang

ZUM ZUSATZÜBEREINKOMMEN VOM 31. JANUAR 1963 ZUM PARISER ÜBEREINKOMMEN VOM 29. JULI 1960 ÜBER DIE HAFTUNG GEGENÜBER DRITTEN AUF DEM GEBIET DER KERNENERGIE IN DER FASSUNG DES ZUSATZPROTOKOLLS VOM 28. JANUAR 1964, DES PROTOKOLLS VOM 16. NOVEMBER 1982 UND DES PROTOKOLLS VOM 12. FEBRUAR 2004

DIE REGIERUNGEN DER VERTRAGSPARTEIEN ERKLÄREN, dass der Ersatz von Schaden, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das allein deshalb nicht unter das Zusatzübereinkommen fällt, weil die betreffende Kernanlage wegen ihrer Verwendungsart nicht in die Liste gemäß Artikel 13 des Zusatzübereinkommens aufgenommen ist (einschließlich des Falls, dass diese nicht in die Liste aufgenommene Anlage von einer oder mehreren, aber nicht allen Regierungen als nicht unter das Pariser Übereinkommen fallend angesehen wird),

- ohne jede unterschiedliche Behandlung den Staatsangehörigen der Vertragsparteien des Zusatzübereinkommens gewährt wird;
- nicht auf einen Betrag unter 1 500 Millionen Euro begrenzt wird.

Ferner werden die Regierungen sich bemühen, soweit dies nicht bereits geschehen ist, die Schadensersatzvorschriften für durch solche Ereignisse Geschädigte denjenigen Vorschriften möglichst weitgehend anzugleichen, die für nukleare Ereignisse in Verbindung mit Kernanlagen gelten, die unter das Zusatzübereinkommen fallen.

II.

a) Die Bestimmungen dieses Protokolls sind im Verhältnis seiner Vertragsparteien untereinander Bestandteil des Zusatzübereinkommens vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964 und des Protokolls vom 16. November 1982 (im Folgenden „Übereinkommen“ genannt); das Übereinkommen wird als „Zusatzübereinkommen vom 31. Januar 1963 zum Pariser Übereinkommen vom 29. Juli 1960 in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964, des Protokolls vom 16. November 1982 und des Protokolls vom 12. Februar 2004“ bezeichnet.

b) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der belgischen Regierung hinterlegt.

c) Die Unterzeichner dieses Protokolls, die das Übereinkommen bereits ratifiziert haben, bekunden ihre Absicht, dieses Protokoll so bald wie möglich zu ratifizieren, anzunehmen oder zu genehmigen. Die anderen Unterzeichner dieses Protokolls verpflichten sich, es gleichzeitig mit der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung des Übereinkommens zu ratifizieren, anzunehmen oder zu genehmigen.

d) Dieses Protokoll steht nach Artikel 22 des Übereinkommens zum Beitritt offen. Der Beitritt zum Übereinkommen ist nur zulässig, wenn er mit dem Beitritt zum Protokoll verbunden ist.

e) Dieses Protokoll tritt nach Artikel 21 des Übereinkommens in Kraft.

f) Die belgische Regierung zeigt allen Unterzeichnern und allen beitretenden Regierungen den Eingang jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- und Beitrittsurkunde an.

PROTOCOL

TO AMEND THE CONVENTION OF 31 JANUARY 1963 SUPPLEMENTARY TO THE PARIS CONVENTION OF 29 JULY 1960 ON THIRD PARTY LIABILITY IN THE FIELD OF NUCLEAR ENERGY, AS AMENDED BY THE ADDITIONAL PROTOCOL OF 28 JANUARY 1964 AND BY THE PROTOCOL OF 16 NOVEMBER 1982

THE GOVERNMENTS of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the Kingdom of Spain, the Republic of Finland, the French Republic, the Italian Republic, the Kingdom of Norway, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Republic of Slovenia, the Kingdom of Sweden and the Swiss Confederation;

CONSIDERING that certain provisions of the Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982, have been amended by the Protocol concluded at Paris on 12 February 2004 and of which they are Signatories;

CONSIDERING that it is desirable to amend also the Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982;

HAVE AGREED as follows:

I.

The Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982, is amended as follows:

A. The second paragraph of the Preamble shall be replaced by the following text:

BEING PARTIES to the Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, concluded within the framework of the Organisation for European Economic Co-operation, now the Organisation for Economic Co-operation and Development, and as amended by the Additional Protocol concluded at Paris on 28 January 1964, by the Protocol concluded at Paris on 16 November 1982 and by the Protocol concluded at Paris on 12 February 2004 (hereinafter referred to as the “Paris Convention”);

B. Article 2 shall be replaced by the following text:

Article 2

a) The system of this Convention shall apply to nuclear damage for which an operator of a nuclear installation, used for peaceful purposes, situated in the territory of a Contracting Party to this Convention (hereinafter referred to as a “Contracting Party”), is liable under the Paris Convention, and which is suffered:

i) in the territory of a Contracting Party; or

- ii) in or above maritime areas beyond the territorial sea of a Contracting Party
 - 1. on board or by a ship flying the flag of a Contracting Party, or on board or by an aircraft registered in the territory of a Contracting Party, or on or by an artificial island, installation or structure under the jurisdiction of a Contracting Party, or
 - 2. by a national of a Contracting Party,

excluding damage suffered in or above the territorial sea of a State not Party to this Convention; or

- iii) in or above the exclusive economic zone of a Contracting Party or on the continental shelf of a Contracting Party in connection with the exploitation or the exploration of the natural resources of that exclusive economic zone or continental shelf,

provided that the courts of a Contracting Party have jurisdiction pursuant to the Paris Convention.

b) Any Signatory or acceding Government may, at the time of signature of or accession to this Convention or on the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval, declare that, for the purposes of the application of paragraph (a)(ii) 2 of this Article, individuals or certain categories thereof, considered under its law as having their habitual residence in its territory, are assimilated to its own nationals.

c) In this Article, the expression “a national of a Contracting Party” shall include a Contracting Party or any of its constituent sub-divisions, or a partnership, or any public or private body whether corporate or not, established in the territory of a Contracting Party.

C. Article 3 shall be replaced by the following text:

Article 3

a) Under the conditions established by this Convention, the Contracting Parties undertake that compensation in respect of nuclear damage referred to in Article 2 shall be provided up to the amount of 1 500 million euro per nuclear incident, subject to the application of Article 12bis.

b) Such compensation shall be provided as follows:

- i) up to an amount of at least 700 million euro, out of funds provided by insurance or other financial security or out of public funds provided pursuant to Article 10(c) of the Paris Convention, such amount to be established under the legislation of the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated, and to be distributed, up to 700 million euro, in accordance with the Paris Convention;
- ii) between the amount referred to in paragraph (b)(i) of this Article and 1 200 million euro, out of public funds to be made available by the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated;
- iii) between 1 200 million euro and 1 500 million euro, out of public funds to be made available by the Contracting Parties according to the formula for contributions referred to in Article 12, subject to such amount being increased in accordance with the mechanism referred to in Article 12bis.

c) For this purpose, each Contracting Party shall either:

- i) establish under its legislation that the liability of the operator shall not be less than the amount referred to in paragraph (a) of this Article, and provide that such liability shall be covered by all the funds referred to in paragraph (b) of this Article; or

- ii)* establish under its legislation the liability of the operator at an amount at least equal to that established pursuant to paragraph *(b)(i)* of this Article or Article 7(*b*) of the Paris Convention, and provide that, in excess of such amount and up to the amount referred to in paragraph *(a)* of this Article, the public funds referred to in paragraphs *(b)(i)*, *(ii)* and *(iii)* of this Article shall be made available by some means other than as cover for the liability of the operator, provided that the rules of substance and procedure laid down in this Convention are not thereby affected.
- d)* The obligation of the operator to pay compensation, interest or costs out of public funds made available pursuant to paragraphs *(b)(ii)* and *(iii)* and *(g)* of this Article shall only be enforceable against the operator as and when such funds are in fact made available.
- e)* Where a State makes use of the option provided for under Article 21(*c*) of the Paris Convention, it may only become a Contracting Party to this Convention if it ensures that funds will be available to cover the difference between the amount for which the operator is liable and 700 million euro.
- f)* The Contracting Parties, in carrying out this Convention, undertake not to make use of the right provided for in Article 15(*b*) of the Paris Convention to apply special conditions, other than those laid down in this Convention, in respect of compensation for nuclear damage provided out of the funds referred to in paragraph *(a)* of this Article.
- g)* The interest and costs referred to in Article 7(*h*) of the Paris Convention are payable in addition to the amounts referred to in paragraph *(b)* of this Article, and shall be borne in so far as they are awarded in respect of compensation payable out of the funds referred to in:
- i)* paragraph *(b)(i)* of this Article, by the operator liable;
 - ii)* paragraph *(b)(ii)* of this Article, by the Contracting Party in whose territory the installation of the operator liable is situated to the extent of the funds made available by that Contracting Party;
 - iii)* paragraph *(b)(iii)* of this Article, by the Contracting Parties together.
- h)* The amounts mentioned in this Convention shall be converted into the national currency of the Contracting Party whose courts have jurisdiction in accordance with the value of that currency at the date of the incident, unless another date is fixed for a given incident by agreement between the Contracting Parties.

D. Article 4 shall be deleted.

E. Article 5 shall be replaced by the following text:

Article 5

Where the operator liable has a right of recourse pursuant to Article 6(*f*) of the Paris Convention, the Contracting Parties to this Convention shall have the same right of recourse, to the extent that public funds have been made available pursuant to Article 3(*b*) and (*g*).

F. Article 6 shall be replaced by the following text:

Article 6

In calculating the public funds to be made available pursuant to this Convention, account shall be taken only of those rights to compensation exercised within thirty years from the date of the nuclear incident in the case of loss of life or personal injury, and ten years from the date of the nuclear incident in the case of all other nuclear damage. Such period is, moreover, extended in the cases and under the conditions laid down in Article 8(*e*) of the Paris Convention. Amendments made to claims after the expiry of this period, under the conditions laid down in Article 8(*f*) of the Paris Convention, shall also be taken into account.

G. Article 7 shall be replaced by the following text:

Article 7

Where a Contracting Party makes use of the right provided for in Article 8(d) of the Paris Convention, the period which it establishes shall be a period of prescription of at least three years either from the date at which the person suffering damage has knowledge or from the date at which he ought reasonably to have known of both the damage and the operator liable.

H. Article 8 shall be replaced by the following text:

Article 8

Any person who is entitled to benefit from the provisions of this Convention shall have the right to full compensation in accordance with national law for nuclear damage suffered, provided that where the amount of such damage exceeds or is likely to exceed 1 500 million euro, a Contracting Party may establish equitable criteria for apportioning the amount of compensation that is available under this Convention. Such criteria shall be applied whatever the origin of the funds and, subject to the provisions of Article 2, without discrimination based on the nationality, domicile or residence of the person suffering the damage.

I. Article 9 shall be replaced by the following text:

Article 9

a) The system of payment of public funds made available pursuant to this Convention shall be that of the Contracting Party whose courts have jurisdiction.

b) Each Contracting Party shall ensure that persons suffering nuclear damage may enforce their rights to compensation without having to bring separate proceedings according to the origin of the funds provided for such compensation.

c) A Contracting Party shall be required to make available the funds referred to in Article 3(b)(iii) once the amount of compensation under this Convention reaches the total of the amounts referred to in Article 3(b)(i) and (ii), irrespective of whether funds to be provided by the operator remain available or whether the liability of the operator is not limited in amount.

J. Article 10 shall be replaced by the following text:

Article 10

a) The Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be required to inform the other Contracting Parties of a nuclear incident and its circumstances as soon as it appears that the nuclear damage caused by such incident exceeds, or is likely to exceed the sum of the amounts provided for under Article 3(b)(i) and (ii). The Contracting Parties shall, without delay, make all the necessary arrangements to settle the procedure for their relations in this connection.

b) Only the Contracting Party whose courts have jurisdiction shall be entitled to request the other Contracting Parties to make available the public funds required under Article 3(b)(iii) and (g) and shall have competence to disburse such funds.

c) Such Contracting Party shall, when the occasion arises, exercise the right of recourse provided for in Article 5 on behalf of the other Contracting Parties who have made available public funds pursuant to Article 3(b)(iii) and (g).

d) Settlements effected in respect of the payment of compensation for nuclear damage out of the public funds referred to in Article 3(b)(ii) and (iii) in accordance with the conditions established by national legislation

shall be recognised by the other Contracting Parties, and judgements entered by the competent courts in respect of such compensation shall become enforceable in the territory of the other Contracting Parties in accordance with the provisions of Article 13(i) of the Paris Convention.

K. Article 11 shall be replaced by the following text:

Article 11

a) If the courts having jurisdiction are those of a Contracting Party other than the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated, the public funds required under Article 3(b)(ii) and (g) shall be made available by the first-named Contracting Party. The Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated shall reimburse to the other Contracting Party the sums paid. These two Contracting Parties shall agree on the procedure for reimbursement.

b) If more than one Contracting Party is required to make available public funds pursuant to Article 3(b)(ii) and (g), the provisions of paragraph (a) of this Article shall apply mutatis mutandis. Reimbursement shall be based on the extent to which each operator has contributed to the nuclear incident.

c) In adopting all legislative, regulatory or administrative provisions, after the nuclear incident has occurred, concerning the nature, form and extent of the compensation, the procedure for making available the public funds required under Article 3(b)(ii) and (g) and, if necessary, the criteria for the apportionment of such funds, the Contracting Party whose courts have jurisdiction shall consult the Contracting Party in whose territory the nuclear installation of the operator liable is situated. It shall further take all measures necessary to enable the latter to intervene in proceedings and to participate in any settlement concerning compensation.

L. Article 12 shall be replaced by the following text:

Article 12

a) The formula for contributions according to which the Contracting Parties shall make available the public funds referred to in Article 3(b)(iii) shall be determined as follows:

- i) as to 35%, on the basis of the ratio between the gross domestic product at current prices of each Contracting Party and the total of the gross domestic products at current prices of all Contracting Parties as shown by the official statistics published by the Organisation for Economic Co-operation and Development for the year preceding the year in which the nuclear incident occurs;
- ii) as to 65%, on the basis of the ratio between the thermal power of the reactors situated in the territory of each Contracting Party and the total thermal power of the reactors situated in the territories of all the Contracting Parties. This calculation shall be made on the basis of the thermal power of the reactors shown at the date of the nuclear incident in the lists referred to in Article 13, provided that for the purposes of this calculation, a reactor shall only be taken into consideration as from the date when it first reaches criticality and a reactor shall be excluded from the calculation when all nuclear fuel has been removed permanently from the reactor core and has been stored safely in accordance with approved procedures.

b) For the purposes of this Convention, “thermal power” means:

- i) before the issue of a final operating licence, the planned thermal power;
- ii) after the issue of such licence, the thermal power authorised by the competent national authorities.

M. A new Article 12bis shall be added after Article 12 as follows:

Article 12bis

- a)* In case of accession to this Convention, the public funds mentioned in Article 3(*b*)(*iii*) are increased by:
- i)* 35% of an amount determined by applying to the above-mentioned sum the ratio between the gross domestic product at current prices of the acceding Party and the total of the gross domestic products at current prices of all the Contracting Parties, excluding that of the acceding Party, and
 - ii)* 65% of an amount determined by applying to the above-mentioned sum the ratio between the thermal power of the reactors situated in the territory of the acceding Party and the total thermal power of the reactors situated in the territories of all the Contracting Parties, excluding that of the acceding Party.
- b)* The increased amount referred to in paragraph (*a*) shall be rounded up to the nearest amount expressed in thousands of euro.
- c)* The gross domestic product of the acceding Party shall be determined in accordance with the official statistics published by the Organisation for Economic Co-operation and Development for the year preceding the year in which the accession comes into force.
- d)* The thermal power of the acceding Party shall be determined in accordance with the list of nuclear installations communicated by that Government to the Belgian Government pursuant to Article 13(*b*), provided that for the purpose of calculating the contributions under paragraph (*a*)(*ii*) of this Article, a reactor shall only be taken into consideration as from the date when it first reaches criticality and a reactor shall be excluded from the calculation when all nuclear fuel has been removed permanently from the reactor core and has been stored safely in accordance with approved procedures.

N. Paragraphs (*a*), (*b*), (*f*) and (*i*) of Article 13 shall be replaced by the following text:

Article 13

- a)* Each Contracting Party shall ensure that all nuclear installations used for peaceful purposes situated in its territory, and falling within the definition in Article 1 of the Paris Convention, appear on a list.
- b)* For this purpose, each Signatory or acceding Government shall, on the deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, communicate to the Belgian Government full particulars of such installations.
- f)* If a Contracting Party is of the opinion that the particulars, or any modification to be made to the list, communicated by another Contracting Party do not comply with the provisions of this Article, it may raise objections thereto only by addressing them to the Belgian Government within three months from the date on which it has received notice pursuant to paragraph (*h*) of this Article.
- i)* The list referred to in this Article shall consist of all the particulars and modifications referred to in paragraphs (*b*), (*c*), (*d*) and (*e*) of this Article, it being understood that objections submitted pursuant to paragraphs (*f*) and (*g*) of this Article shall have effect retrospective to the date on which they were raised, if they are sustained.

O. Article 14 shall be replaced by the following text:

Article 14

- a)* Except in so far as this Convention otherwise provides, each Contracting Party may exercise the powers vested in it by virtue of the Paris Convention, and any provisions made thereunder may be invoked against the other Contracting Parties in order that the public funds referred to in Article 3(*b*)(*ii*) and (*iii*) be made available.

b) Any such provisions made by a Contracting Party pursuant to Article 2(b) of the Paris Convention as a result of which the public funds referred to in Article 3(b)(ii) and (iii) are required to be made available may not be invoked against any other Contracting Party unless it has consented thereto.

c) Nothing in this Convention shall prevent a Contracting Party from making provisions outside the scope of the Paris Convention and of this Convention, provided that such provisions shall not involve any further obligation on the part of the Contracting Parties in so far as their public funds are concerned.

d) Where all of the Contracting Parties to this Convention ratify, accept, approve or accede to any other international agreement in the field of supplementary compensation for nuclear damage, a Contracting Party to this Convention may use the funds to be provided pursuant to Article 3(b)(iii) of this Convention to satisfy any obligation it may have under such other international agreement to provide supplementary compensation for nuclear damage out of public funds.

P. Article 15 shall be replaced by the following text:

Article 15

a) Any Contracting Party may conclude an agreement with a State which is not a Party to this Convention concerning compensation out of public funds for damage caused by a nuclear incident. Any Contracting Party intending to conclude such an agreement shall notify the other Contracting Parties of its intention. Agreements concluded shall be notified to the Belgian Government.

b) To the extent that the conditions for payment of compensation under any such agreement are not more favourable than those which result from the measures adopted by the Contracting Party concerned for the application of the Paris Convention and of this Convention, the amount of damage caused by a nuclear incident covered by this Convention and for which compensation is payable by virtue of such an agreement may be taken into consideration, where the proviso to Article 8 applies, in calculating the total amount of damage caused by that incident.

c) The provisions of paragraphs (a) and (b) of this Article shall in no case affect the obligations under Article 3(b)(ii) and (iii) of those Contracting Parties which have not given their consent to such agreement.

Q. Article 17 shall be replaced by the following text:

Article 17

a) In the event of a dispute arising between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention, the parties to the dispute shall consult with a view to settling the dispute by negotiation or other amicable means.

b) Where a dispute referred to in paragraph (a) is not settled within six months from the date upon which such dispute is acknowledged to exist by any party thereto, the Contracting Parties shall meet in order to assist the parties to the dispute to reach a friendly settlement.

c) Where no resolution to the dispute has been reached within three months of the meeting referred to in paragraph (b), the dispute shall, upon the request of any party thereto, be submitted to the European Nuclear Energy Tribunal established by the Convention of 20th December 1957 on the Establishment of a Security Control in the Field of Nuclear Energy.

d) Where a nuclear incident gives rise to a dispute between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of the Paris Convention and of this Convention, the procedure for resolving such dispute shall be the procedure provided for under Article 17 of the Paris Convention.

R. Article 18 shall be replaced by the following text:

Article 18

- a) Reservations to one or more of the provisions of this Convention may be made at any time prior to ratification, acceptance or approval of this Convention if the terms of these reservations have been expressly accepted by all Signatories or, at the time of accession or of the application of the provisions of Articles 21 and 24, if the terms of these reservations have been expressly accepted by all Signatories and acceding Governments.
- b) Such acceptance shall not be required from a Signatory which has not itself ratified, accepted or approved this Convention within a period of twelve months after the date of notification to it of such reservation by the Belgian Government in accordance with Article 25.
- c) Any reservation accepted in accordance with the provisions of paragraph (a) of this Article may be withdrawn at any time by notification addressed to the Belgian Government.

S. Article 20 shall be replaced by the following text:

Article 20

- a) The Annex to this Convention shall form an integral part thereof.
- b) This Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Belgian Government.
- c) This Convention shall come into force three months after the deposit of the sixth instrument of ratification, acceptance or approval.
- d) For each Signatory ratifying, accepting or approving this Convention after the deposit of the sixth instrument of ratification, acceptance or approval, it shall come into force three months after the date of the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

T. Article 21 shall be replaced by the following text:

Article 21

Amendments to this Convention shall be adopted by agreement among all the Contracting Parties. They shall come into force on the date when all Contracting Parties have ratified, accepted or approved them.

U. Article 25 shall be replaced by the following text:

Article 25

The Belgian Government shall notify all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification, acceptance, approval, accession or withdrawal, and shall also notify them of the date on which this Convention comes into force, the text of any amendment thereto and the date on which such amendment comes into force, any reservations made in accordance with Article 18, any increase in the compensation to be provided under Article 3(a) as a result of the application of Article 12bis, and all notifications which it has received.

V. The Annex shall be replaced by the following text:

Annex

TO THE CONVENTION OF 31 JANUARY 1963 SUPPLEMENTARY TO THE PARIS CONVENTION OF 29 JULY 1960 ON THIRD PARTY LIABILITY IN THE FIELD OF NUCLEAR ENERGY, AS AMENDED BY THE ADDITIONAL PROTOCOL OF 28 JANUARY 1964, BY THE PROTOCOL OF 16 NOVEMBER 1982 AND BY THE PROTOCOL OF 12 FEBRUARY 2004

THE GOVERNMENTS OF THE CONTRACTING PARTIES declare that compensation for nuclear damage caused by a nuclear incident not covered by the Supplementary Convention solely by reason of the fact that the relevant nuclear installation, on account of its utilisation, is not on the list referred to in Article 13 of the Supplementary Convention (including the case where such installation, which is not on the list, is considered by one or more but not all of the Governments to be outside the Paris Convention):

- shall be provided without discrimination among the nationals of the Contracting Parties to the Supplementary Convention; and
- shall not be limited to less than 1 500 million euro.

In addition, if they have not already done so, they shall endeavour to make the rules for compensation of persons suffering damage caused by such incidents as similar as possible to those established in respect of nuclear incidents occurring in connection with nuclear installations covered by the Supplementary Convention.

II.

a) The provisions of this Protocol shall, as between the Parties thereto, form an integral part of the Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960 on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964 and by the Protocol of 16 November 1982 (hereinafter referred to as the “Convention”), which shall be known as the “Convention of 31 January 1963 Supplementary to the Paris Convention of 29 July 1960, as amended by the Additional Protocol of 28 January 1964, by the Protocol of 16 November 1982 and by the Protocol of 12 February 2004”.

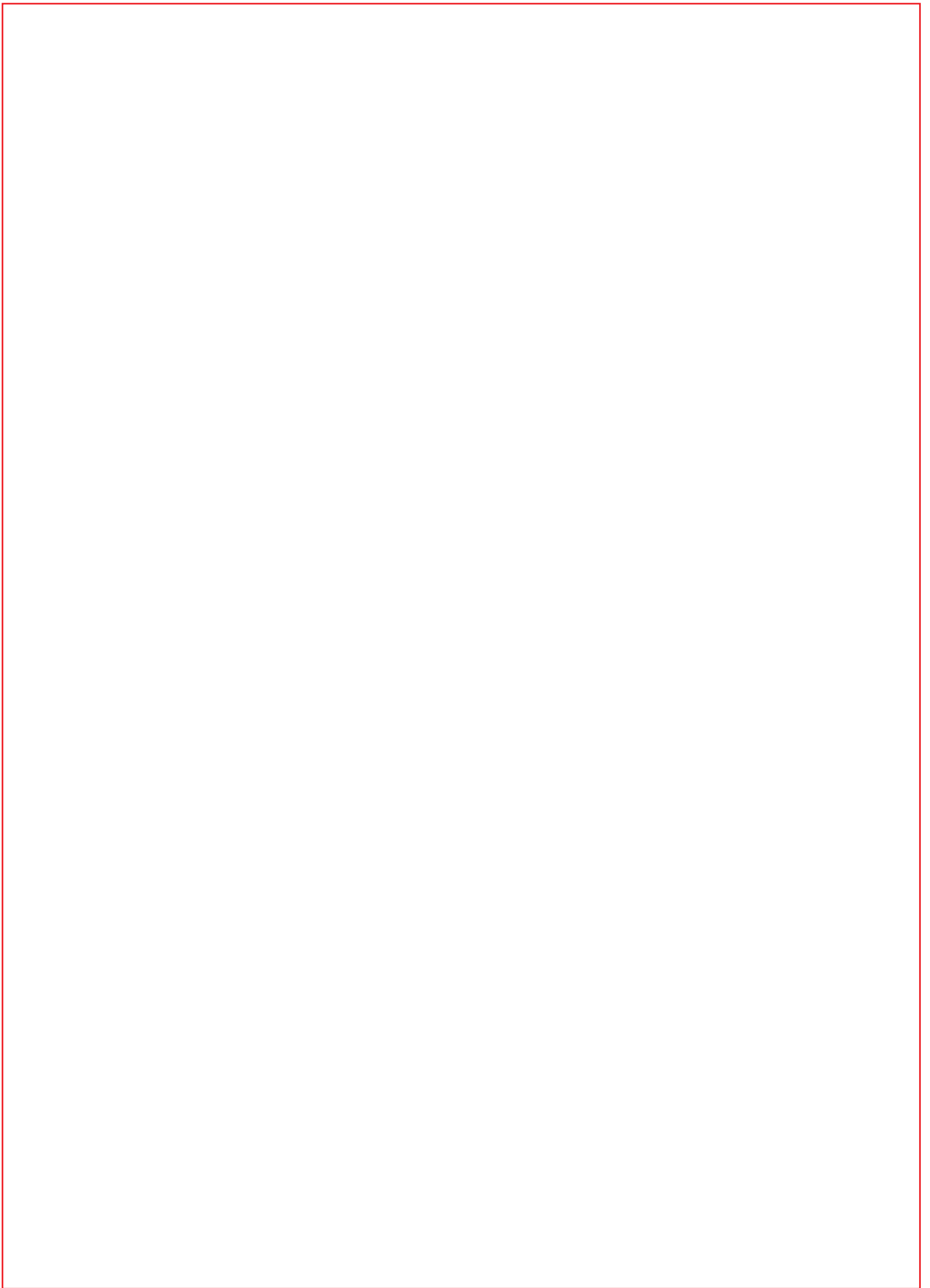
b) This Protocol shall be subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval of this Protocol shall be deposited with the Belgian Government.

c) The Signatories of this Protocol who have already ratified or acceded to the Convention express their intention to ratify, accept or approve this Protocol as soon as possible. The other Signatories of this Protocol undertake to ratify, accept or approve it at the same time as they ratify the Convention.

d) This Protocol shall be open for accession in accordance with the provisions of Article 22 of the Convention. Accessions to the Convention will be accepted only if they are accompanied by accession to this Protocol.

e) This Protocol shall come into force in accordance with the provisions of Article 21 of the Convention.

f) The Belgian Government shall give notice to all Signatories and acceding Governments of the receipt of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession.



PROTOCOLO

QUE MODIFICA EL CONVENIO DE 31 DE ENERO DE 1963 COMPLEMENTARIO AL CONVENIO DE PARÍS DE 29 DE JULIO DE 1960 SOBRE LA RESPONSABILIDAD CIVIL EN MATERIA DE ENERGÍA NUCLEAR, MODIFICADO POR EL PROTOCOLO ADICIONAL DE 28 DE ENERO DE 1964 Y POR EL PROTOCOLO DE 16 DE NOVIEMBRE DE 1982

LOS GOBIERNOS de la República Federal de Alemania, del Reino de Bélgica, del Reino de Dinamarca, del Reino de España, de la República de Finlandia, de la República Francesa, de la República Italiana, del Reino de Noruega, del Reino de los Países Bajos, del Reino Unido de Gran Bretaña y de Irlanda del Norte, de la República de Eslovenia, del Reino de Suecia y de la Confederación Suiza;

CONSIDERANDO que ciertas disposiciones del Convenio de 29 de julio de 1960 sobre la responsabilidad civil en materia de energía nuclear, modificado por el Protocolo Adicional de 28 de enero de 1964 y por el Protocolo de 16 de noviembre de 1982, han sido modificadas por el Protocolo concluido en París el 12 de febrero 2004, del que son Signatarios;

CONSIDERANDO que es deseable modificar igualmente el Convenio de 31 de enero de 1963 Complementario al Convenio de París de 29 de julio de 1960, modificado por el Protocolo Adicional de 28 de enero de 1964 y por el Protocolo de 16 de noviembre de 1982;

HAN ACORDADO lo siguiente:

I.

El Convenio de 31 de enero de 1963 Complementario al Convenio de París de 29 de julio de 1960 sobre la responsabilidad civil en materia de energía nuclear, modificado por el Protocolo Adicional de 28 de enero de 1964 y por el Protocolo de 16 de noviembre de 1982 se modifica de la forma siguiente:

A. El segundo párrafo del preámbulo se reemplaza por el texto siguiente:

PARTES en el Convenio de 29 de julio de 1960 sobre la responsabilidad civil en materia de energía nuclear, concluido en el marco de la Organización Europea de Cooperación Económica, actualmente Organización para la Cooperación y Desarrollo Económico, modificado por el Protocolo Adicional concluido en París, el 28 de enero de 1964, por el Protocolo concluido en París el 16 de noviembre de 1982 y por el Protocolo concluido en París el 12 de febrero 2004 (en adelante denominado “Convenio de París”);

B. El artículo 2 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 2

a) El régimen del presente Convenio se aplica a los daños nucleares cuya responsabilidad recae, en virtud del Convenio de París, al explotador de una instalación nuclear de uso pacífico, situada en el territorio de una Parte Contratante en el presente Convenio (en adelante denominado “Parte Contratante”), y que se hayan sufrido:

i) En el territorio de una Parte Contratante, o

- ii) En o sobre las zonas marítimas situadas mas allá del mar territorial de una Parte Contratante,
 - 1. a bordo de un buque o por un buque de bandera de una Parte Contratante o a bordo o por una aeronave de matrícula de una Parte Contratante o, en o por una isla artificial, instalación o construcción bajo la jurisdicción de una Parte Contratante, o
 - 2. por un nacional de una Parte Contratante,

con exclusión de un daño sufrido en o sobre el mar territorial de un Estado no Contratante, o

- iii) en o sobre la zona económica exclusiva o sobre la plataforma continental de una Parte Contratante, con ocasión de la explotación o prospección de los recursos naturales de esta zona económica exclusiva o de esta plataforma continental,

siempre que los tribunales de una Parte Contratante sean competentes conforme al Convenio de París.

b) Todo Signatario o Gobierno adherido puede, en el momento de la firma o de la adhesión al presente Convenio, o en el momento del depósito de su instrumento de ratificación, de aceptación o de aprobación, declarar que asimila a sus propios nacionales, a los efectos de la aplicación del párrafo (a)(ii) 2 anterior, a las personas físicas que según su legislación tienen su residencia habitual en su territorio, o a determinadas categorías de ellas.

c) En el sentido del presente artículo, la expresión “nacional de una Parte Contratante” comprende una Parte Contratante o toda subdivisión política de la misma o toda persona jurídica de derecho público o privado, así como toda entidad pública o privada que no tenga personalidad jurídica establecida en el territorio de una Parte Contratante.

C. El artículo 3 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 3

a) En las condiciones establecidas en el presente Convenio, las Partes Contratantes se comprometen a que la reparación de los daños nucleares mencionados en el artículo 2 se efectúe hasta una cuantía de 1 500 millones de euros por accidente nuclear, con sujeción a la aplicación del artículo 12bis.

b) Esta reparación se efectuará de la forma siguiente:

- i) hasta una cuantía al menos igual a 700 millones de euros, establecida a este efecto en la legislación de la Parte Contratante en cuyo territorio esté situada la instalación nuclear del explotador responsable, mediante fondos procedentes de un seguro o de otra garantía financiera o de fondos públicos aportados de conformidad con el artículo 10(c) del Convenio de París, siendo estos fondos distribuidos, hasta 700 millones de euros, conforme al Convenio de París;
- ii) entre la cuantía establecida en el apartado (b)(i) anterior y 1 200 millones de euros, mediante fondos públicos que aportara la Parte Contratante en cuyo territorio esté situada la instalación del explotador responsable;
- iii) entre 1 200 millones de euros y 1 500 millones de euros mediante fondos públicos aportados por las Partes Contratantes según la fórmula de reparto prevista en el artículo 12, pudiendo ser aumentada esta cuantía conforme al mecanismo previsto en el artículo 12bis.

c) A estos efectos cada Parte Contratante debe:

- i) ya sea disponer en su legislación que la responsabilidad civil del explotador no sea inferior a la cuantía establecida en el párrafo (a) anterior y disponer que esta responsabilidad esté cubierta por el conjunto de los fondos mencionados en el párrafo (b); o

- ii)* ya sea disponer en su legislación que la responsabilidad del explotador se establezca en una cuantía al menos igual a la que se haya establecido de conformidad con el párrafo *(b)(i)* anterior o con el artículo 7(*b*) del Convenio de París, y disponer que, por encima de esa cuantía y hasta la cuantía mencionada en el párrafo *(a)* anterior, los fondos públicos mencionados en los párrafos *(b)(i)*, *(ii)* y *(iii)* anteriores se aporten a título distinto de cobertura del explotador; siempre que no resulten afectadas las reglas de fondo y de procedimiento establecidas en el presente Convenio.
- d)* Las obligaciones del explotador de reparar los daños o de pagar los intereses y gastos mediante los fondos públicos aportados de conformidad con los párrafos *(b)(ii)* y *(iii)* y *(g)* del presente artículo sólo le son exigibles en la medida de la aportación efectiva de tales fondos.
- e)* Si un Estado hace uso de la facultad prevista en el artículo 21(*c*) del Convenio de París, sólo podrá ser Parte Contratante en el presente Convenio si garantiza que hay fondos disponibles para cubrir la diferencia entre la cuantía de la que el explotador es responsable y 700 millones de euros.
- f)* Las Partes Contratantes se comprometen a no hacer uso, en la ejecución del presente Convenio, de la facultad concedida por el artículo 15(*b*) del Convenio de París de someter a condiciones particulares, distintas de las previstas en el presente Convenio, la reparación de los daños nucleares mediante los fondos a los que se refiere el párrafo *(a)* del presente artículo.
- g)* Los intereses y gastos mencionados en el artículo 7(*h*) del Convenio de París serán pagados añadiéndose a las cuantías indicadas en el párrafo *(b)* anterior, y en la medida en que sean debidos respecto a una reparación pagadera con los fondos que se mencionan a continuación, estarán a cargo:
- i)* en el párrafo *(b)(i)* anterior, del explotador responsable;
 - ii)* en el párrafo *(b)(ii)* anterior, de la Parte Contratante sobre cuyo territorio este situada la instalación nuclear de este explotador, hasta el límite de los fondos aportados por esta Parte Contratante;
 - iii)* en el párrafo *(b)(iii)* anterior, del conjunto de las Partes Contratantes.
- h)* Las cuantías mencionadas en el presente Convenio serán convertidas en la moneda nacional de la Parte Contratante cuyos tribunales sean competentes, con arreglo al valor de esta moneda en la fecha del accidente, salvo que se determine otra fecha de común acuerdo por las Partes Contratantes para un accidente determinado.

D. Se suprime el artículo 4.

E. El artículo 5 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 5

En caso de que el explotador responsable tenga un derecho de repetición conforme al artículo 6(*f*) del Convenio de París, las Partes Contratantes en el presente Convenio tendrán el mismo derecho en la medida en que se hayan aportado fondos públicos en virtud del artículo 3(*b*) y *(g)*.

F. El artículo 6 se reemplaza por el artículo siguiente:

Artículo 6

Para el cálculo de los fondos que se han de aportar en virtud del presente Convenio, sólo serán tomados en consideración los derechos a reparación por muerte o daño personal ejercitados en el plazo de treinta años a contar desde el accidente nuclear y por cualquier otro daño en un plazo de diez años desde el accidente nuclear. Tales plazos serán además prolongados en los casos y condiciones establecidos en el artículo 8(*e*) del Convenio de París. Las demandas complementarias presentadas después de la expiración de este plazo, en las condiciones previstas en el artículo 8(*f*) del Convenio de París también serán tomadas en consideración.

G. El artículo 7 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 7

Cuando una Parte Contratante haga uso de la facultad prevista en el artículo 8(d) del Convenio de París, el plazo que fije será un plazo de prescripción de al menos tres años a contar desde el momento en que el perjudicado haya tenido conocimiento del daño y del explotador responsable, o desde el momento en que razonablemente debió tenerlo.

H. El artículo 8 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 8

Toda persona beneficiaria de las disposiciones del presente Convenio tiene derecho a la reparación integral del daño nuclear sufrido, conforme a las disposiciones adoptadas en el derecho nacional. No obstante, si la magnitud de los daños sobrepasa o se considera probable que vaya a sobrepasar 1 500 millones de euros, una Parte Contratante puede establecer criterios de reparto equitativos de la cuantía disponible para la reparación en virtud del presente Convenio, sin que de tales criterios resulte, cualquiera que sea el origen de los fondos y a reserva de las disposiciones del artículo 2, discriminación en función de la nacionalidad, del domicilio o de la residencia de la persona que haya sufrido el daño.

I. El artículo 9 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 9

a) El régimen de aportación de los fondos públicos disponibles en virtud del presente Convenio será el de la Parte Contratante cuyos tribunales sean competentes.

b) Cada Parte Contratante adoptará las disposiciones necesarias para que las personas que hayan sufrido un daño nuclear puedan hacer valer sus derechos a reparación sin tener que emprender dos procedimientos diferentes según el origen de los fondos destinados a tal reparación.

c) Una Parte Contratante deberá aportar los fondos previstos en el artículo 3(b)(iii), a partir del momento en que la cuantía de la reparación en virtud del presente Convenio alcance el total de las cuantías previstas en el artículo 3(b)(i) y (ii), con independencia de que queden fondos a cargo del explotador disponibles o de que la responsabilidad del explotador sea ilimitada en su cuantía.

J. El artículo 10 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 10

a) La Parte Contratante cuyos tribunales sean competentes deberá informar a las demás Partes Contratantes de la ocurrencia y circunstancias de un accidente nuclear en cuanto parezca que los daños nucleares causados por este accidente superan o pueden superar el total de las cuantías mencionadas en el artículo 3(b)(i) y (ii). Las Partes Contratantes adoptarán inmediatamente todas las medidas necesarias para establecer las modalidades de sus relaciones a estos efectos.

b) Solamente la Parte Contratante cuyos tribunales sean competentes puede solicitar a las demás Partes Contratantes la aportación de los fondos públicos mencionados en el artículo 3(b)(iii) y (g) y tendrá la competencia para conceder tales fondos.

c) Esta Parte Contratante ejercerá, llegado el caso, los recursos mencionados en el artículo 5 en nombre de las demás Partes Contratantes que hubieran aportado fondos públicos según el artículo 3(b)(iii) y (g).

d) Las transacciones efectuadas conforme a las condiciones establecidas en la legislación nacional al objeto de la reparación de daños nucleares mediante los fondos públicos mencionados en el artículo 3(b)(ii) y

(iii) serán reconocidos por las demás Partes Contratantes, y las sentencias dictadas por los tribunales competentes sobre dicha reparación tendrán carácter ejecutivo en el territorio de las demás Partes Contratantes de conformidad con el artículo 13(i) del Convenio de París.

K. El artículo 11 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 11

a) Si los tribunales competentes son los de una Parte Contratante que no sea aquella en cuyo territorio esta situada la instalación nuclear del explotador responsable, los fondos públicos mencionados en el artículo 3(b)(ii) y (g) serán aportados por la primera de dichas Partes. La Parte Contratante sobre cuyo territorio está situada la instalación nuclear del explotador responsable reembolsará a la otra las cantidades aportadas. Estas dos Partes Contratantes determinarán de común acuerdo las modalidades de tal reembolso.

b) Si varias Partes Contratantes deben aportar fondos públicos de conformidad con el artículo 3(b)(ii) y (g), se aplicarán mutatis mutandis las disposiciones de párrafo (a) anterior. El reembolso se efectuará teniendo en cuenta la medida en que cada explotador haya contribuido al accidente nuclear.

c) En la adopción de todas las medidas legislativas, reglamentarias o administrativas posteriores al momento del accidente nuclear y relativas a la naturaleza, forma y alcance de la reparación, a las modalidades de la aportación de los fondos públicos mencionados en el artículo 3(b)(ii) y (g) y, en su caso, a los criterios de reparto de estos fondos, la Parte Contratante cuyos tribunales sean competentes consultará con la Parte Contratante en cuyo territorio esté situada la instalación nuclear del explotador responsable. Además, adoptará las medidas necesarias para permitir a la otra Parte intervenir en los procesos y participar en las transacciones relativas a la reparación.

L. El artículo 12 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 12

a) La clave de reparto para la aportación por las Partes Contratantes de los fondos públicos mencionados en el artículo 3(b)(iii) se calculará:

- i) el 35% sobre la base de la relación existente entre el producto interior bruto a los precios corrientes de cada Parte Contratante y el total del producto interno bruto a los precios corrientes de todas las Partes Contratantes, tal como resulten de la estadística oficial publicada por la Organización de Cooperación y Desarrollo Económico para el año precedente a aquel en que ocurrió el accidente nuclear;
- ii) el 65% sobre la base de la relación existente entre la potencia térmica de los reactores situados en el territorio de cada Parte Contratante y la potencia térmica total de los reactores situados sobre los territorios de todas las Partes Contratantes. El cálculo será efectuado sobre la base de la potencia térmica de los reactores que figuraban en la fecha del accidente en las listas previstas en el artículo 13. No obstante, un reactor sólo será tomado en consideración para dicho cálculo a partir de la fecha en la que hubiera alcanzado, por primera vez, la criticidad; y un reactor no será tomado en consideración para este cálculo cuando todos los combustibles nucleares hayan sido retirados definitivamente del núcleo del reactor y hayan sido almacenados de forma segura conforme a procedimientos aprobados.

b) A los efectos del presente Convenio “potencia térmica” significa:

- i) antes del otorgamiento de la autorización de explotación definitiva, la potencia térmica prevista;
- ii) después del otorgamiento, la potencia térmica autorizada por las autoridades nacionales competentes.

M. Se añade después del artículo 12 un nuevo artículo 12 bis, redactado de la forma siguiente:

Artículo 12 bis

a) En caso de una adhesión al presente Convenio, los fondos públicos mencionados en el artículo 3(b)(iii) se aumentarán a razón de:

- i) el 35% de una cantidad calculada aplicando a la suma de los fondos citados la relación entre el producto interior bruto a precios corrientes de la Parte que se adhiere y el total de los productos interiores brutos a precios corrientes de todas las Partes Contratantes, con excepción de la Parte que se adhiere;
- ii) el 65% de una cantidad calculada aplicando a la suma de los fondos citados la relación entre la potencia térmica de los reactores situados en el territorio de la Parte que se adhiere y la potencia térmica total de los reactores situados sobre el conjunto de los territorios de las Partes Contratantes, con excepción de la Parte que se adhiere.

b) La cantidad aumentada mencionada en el párrafo (a) anterior se redondeará a la cantidad superior más próxima expresada en miles de euros.

c) El producto interior bruto de la Parte que se adhiere se determinará basándose en la estadística oficial publicada por la Organización de Cooperación y Desarrollo Económico para el año precedente a aquel en el cual la adhesión entró en vigor.

d) La potencia térmica de la Parte que se adhiere se determinará basándose en la lista de instalaciones nucleares comunicada por esta al Gobierno belga conforme al artículo 13(b). No obstante, al objeto del cálculo de las contribuciones en virtud del párrafo (a)(ii) anterior, sólo se tomará en consideración para este cálculo un reactor que haya alcanzado la criticidad y no será tomado en consideración un reactor cuando todos los combustibles nucleares hayan sido retirados definitivamente y hayan sido almacenados de forma segura conforme a procedimientos aprobados.

N. Los párrafos (a), (b), (f) e (i) del artículo 13 se redactan de la forma siguiente:

Artículo 13

a) Cada Parte Contratante debe hacer figurar en una lista todas las instalaciones nucleares de uso pacífico situadas en su territorio que se ajusten a las definiciones del artículo 1 del Convenio de París.

b) Con este objeto, cada Signatario o Gobierno adherido al presente Convenio comunicará al Gobierno belga, en el momento del depósito de su instrumento de ratificación, de aceptación, de aprobación o de adhesión, todos los datos de estas instalaciones.

f) Si una Parte Contratante considera que los datos de la lista comunicada por una Parte Contratante, o su modificación, no es conforme con las disposiciones del presente artículo, sólo podrá formular objeciones a los mismo dirigiéndolas al Gobierno belga en un plazo de tres meses a contar desde la fecha en que hubiera recibido una notificación de conformidad con el párrafo (h) anterior.

i) El conjunto de datos y modificaciones mencionados en los párrafos (b), (c), (d) y (e) constituye la lista prevista en el presente artículo, precisándose que las objeciones presentadas en los términos de los párrafos (f) y (g) anteriores tendrán efectos retroactivos al día en que fueron formuladas, si fueron admitidas.

O. El artículo 14 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 14

a) En la medida en que el presente Convenio no disponga otra cosa, cada Parte Contratante podrá ejercer las facultades que le otorga el Convenio de París y todas las disposiciones que adopte de acuerdo con las mismas podrán ser invocadas ante las demás Partes Contratantes para que se aporten los fondos públicos mencionados en el artículo 3(b)(ii) y (iii).

b) No obstante, las disposiciones adoptadas por una Parte Contratante conforme al artículo 2(b) del Convenio de París no podrán ser invocadas ante otra Parte Contratante para la aportación de fondos públicos mencionada en el artículo 3(b)(ii) y (iii) si esta no ha dado su consentimiento.

c) El presente Convenio no se opone a que una Parte Contratante adopte disposiciones no previstas en el Convenio de París y en el presente Convenio, siempre que tales disposiciones no impliquen obligaciones adicionales para las demás Partes Contratantes en lo que respecta a la aportación de fondos públicos.

d) En caso de que todas las Partes Contratantes del presente Convenio ratifiquen, acepten, aprueben o se adhieran a otro acuerdo internacional relativo a la reparación complementaria de daños nucleares, una Parte Contratante podrá utilizar los fondos que deban ser aportados conforme al artículo 3(b)(iii) del presente Convenio para satisfacer la obligación que pudiera tener en virtud del otro acuerdo internacional de suministrar una reparación complementaria de daños nucleares mediante fondos públicos.

P. El artículo 15 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 15

a) Toda Parte Contratante puede concluir con un Estado que no sea Parte en el presente Convenio un acuerdo relativo a la reparación mediante fondos públicos de daños causados por un accidente nuclear. La Parte Contratante que se proponga concluir tal acuerdo deberá comunicar su intención a las demás Partes Contratantes. Los acuerdos concluidos deberán ser notificados al Gobierno belga.

b) En la medida en que las condiciones de reparación resultantes de dicho acuerdo no sean más favorables que las resultantes de las disposiciones adoptadas para la aplicación del Convenio de París y del presente Convenio por la Parte Contratante en cuestión, la cuantía de los daños causados por un accidente nuclear cubierto por este Convenio, e indemnizables en virtud de tal acuerdo, podrá ser tomada en consideración, cuando sea aplicable el artículo 8, segunda frase, para el cálculo del alcance total de los daños causados por este accidente.

c) En ningún caso, las disposiciones de los párrafos (a) y (b) anteriores podrán afectar a las obligaciones que correspondan, en virtud del artículo 3(b) (ii) y (iii), a las Partes Contratantes que no hayan dado su consentimiento a dicho acuerdo.

Q. El artículo 17 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 17

a) En caso de controversia entre dos o más Partes Contratantes sobre la interpretación o la aplicación del presente Convenio, las partes interesadas se consultarán para resolver amistosamente la controversia por vía de negociación u otra forma de arreglo amistoso.

b) Cuando una controversia mencionada en el párrafo (a) no se resuelva dentro de los seis meses siguientes a la fecha en que se constató por una de las partes interesadas, las Partes Contratantes se reunirán para ayudar a las partes interesadas a llegar a un acuerdo amistoso.

c) Cuando la discrepancia no se haya resuelto dentro de los tres meses siguientes a la fecha de la reunión de las Partes Contratantes de conformidad con el párrafo (b), tal discrepancia, a solicitud de una de las partes interesadas, se someterá al Tribunal Europeo para la Energía Nuclear creado por el Convenio de 20 de diciembre de 1957 sobre el establecimiento de un control de seguridad en materia de energía nuclear.

d) Cuando un accidente nuclear dé lugar a una discrepancia entre dos o más Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del Convenio de París y del presente Convenio, el procedimiento para resolver esta discrepancia será el previsto en el artículo 17 del Convenio de París.

R. El artículo 18 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 18

- a) Se podrán formular reservas a una o más disposiciones del presente Convenio en todo momento antes de la ratificación, aceptación o aprobación, si sus términos han sido expresamente aceptados por todos los Signatarios y, en el momento de la adhesión o de la aplicación de las disposiciones de los artículos 21 y 24, si sus términos han sido expresamente aceptados por todos los Signatarios o Gobiernos adheridos.
- b) No obstante, no se requerirá la aceptación de un Signatario si el mismo no hubiera ratificado, aceptado o aprobado el presente Convenio en un plazo de doce meses a partir de la fecha en que se le comunicó la notificación de la reserva por el Gobierno belga de conformidad con el artículo 25.
- c) Toda reserva aceptada conforme al párrafo (a) anterior podrá ser retirada en cualquier momento por notificación dirigida al Gobierno belga.

S. El artículo 20, se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 20

- a) El Anexo al presente Convenio forma parte integrante del mismo.
- b) El presente Convenio será sometido a ratificación, aceptación o aprobación. Los instrumentos de ratificación, aceptación o aprobación se depositarán ante el Gobierno belga.
- c) El presente Convenio entrará en vigor tres meses después del depósito del sexto instrumento de ratificación, de aceptación o de aprobación.
- d) Para cada Signatario que ratifique, acepte o apruebe el presente Convenio después del depósito del sexto instrumento de ratificación, aceptación o aprobación, este entrará en vigor tres meses después de la fecha del depósito de su instrumento de ratificación, aceptación o aprobación.

T. El artículo 21 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 21

Las modificaciones al presente Convenio se adoptarán de común acuerdo entre la Partes Contratantes. Estas entrarán en vigor en la fecha en que todas las Partes Contratantes las hayan ratificado, aceptado o aprobado.

U. El artículo 25 se reemplaza por el texto siguiente:

Artículo 25

El Gobierno belga comunicará a todos los Signatarios y Gobiernos adheridos al Convenio la recepción de los instrumentos de ratificación, aceptación, aprobación, adhesión, retirada y de todas las demás notificaciones que hubiera recibido. Igualmente notificará la fecha de entrada en vigor del presente Convenio, el texto de las modificaciones adoptadas, la fecha de entrada en vigor de dichas modificaciones, las reservas formuladas conforme al artículo 18, así como todo aumento de la reparación disponible en virtud del artículo 3(a) por la aplicación del artículo 12 bis.

V. El Anexo se reemplaza por el texto siguiente:

Anexo

AL CONVENIO DE 31 DE ENERO DE 1963 COMPLEMENTARIO AL CONVENIO DE PARÍS DE 29 DE JULIO DE 1960 SOBRE LA RESPONSABILIDAD CIVIL EN MATERIA DE ENERGÍA NUCLEAR, MODIFICADO POR EL PROTOCOLO ADICIONAL DE 28 DE ENERO DE 1964, POR EL PROTOCOLO DE 16 DE NOVIEMBRE DE 1982 Y POR EL PROTOCOLO DE 12 DE FEBRERO 2004.

LOS GOBIERNOS DE LAS PARTES CONTRATANTES declaran que la reparación de los daños nucleares causados por un accidente nuclear no cubierto por el Convenio Complementario sólo por el hecho de que la instalación nuclear afectada, por causa de su utilización, no esté incluida en la lista mencionada en el artículo 13 del Convenio Complementario (incluyendo el caso de que esta instalación, no incluida en la lista, sea considerada por uno o varios, pero no por todos los Gobiernos, no cubierta por el Convenio de París) :

- Será efectuada sin ninguna discriminación entre los nacionales de las Partes Contratantes en el Convenio Complementario;
- No estará limitada por un techo que fuera inferior a 1 500 millones de euros.

Además, estos Gobiernos se esforzarán, si no lo hubieran hecho ya, por hacer las reglas de indemnización a las víctimas de tales accidentes lo mas próximas posible a las previstas para los accidentes nucleares ocurridos en relación con las instalaciones nucleares cubiertas por el Convenio Complementario.

II.

a) Entre las Partes del presente Protocolo, las disposiciones del mismo forman parte integrante del Convenio de París de 31 de enero de 1963, Complementario al Convenio de París sobre la responsabilidad civil en materia de energía nuclear, modificado por el Protocolo Adicional de 28 de enero de 1964 y por el Protocolo de 16 de noviembre de 1982 (en adelante denominado el “Convenio”), se será llamado “Convenio de 31 de enero de 1963 Complementario al Convenio de París de 29 de julio de 1960, modificado por el Protocolo Adicional de 28 de enero de 1964, por el Protocolo de 16 de noviembre de 1982 y por el Protocolo de 12 de febrero 2004”.

b) El presente Protocolo se someterá a ratificación, aceptación o aprobación. Los instrumentos de ratificación, de aceptación o de aprobación del presente Protocolo serán depositados ante el Gobierno belga.

c) Los Signatarios del presente Protocolo que ya han ratificado o se han adherido al Convenio expresan su intención de ratificar, aceptar o aprobar lo antes posible el presente Protocolo. Los demás Signatarios del presente Protocolo se comprometen a ratificarlo, aceptarlo o aprobarlo al mismo tiempo que ratifican el Convenio.

d) El presente Protocolo se abrirá a la adhesión conforme a las disposiciones del artículo 22 del Convenio. Las adhesiones al Convenio obligarán necesariamente a la adhesión al presente Protocolo.

e) El presente Protocolo entrará en vigor de conformidad con las disposiciones del artículo 21 del Convenio.

f) El Gobierno belga comunicará a todos los Signatarios, así como a los Gobiernos adheridos la recepción de los instrumentos de ratificación, aceptación, aprobación o adhesión.

PROTOCOLE

PORTANT MODIFICATION DE LA CONVENTION DU 31 JANVIER 1963 COMPLÉMENTAIRE À LA CONVENTION DE PARIS DU 29 JUILLET 1960 SUR LA RESPONSABILITÉ CIVILE DANS LE DOMAINE DE L'ÉNERGIE NUCLÉAIRE, AMENDÉE PAR LE PROTOCOLE ADDITIONNEL DU 28 JANVIER 1964 ET PAR LE PROTOCOLE DU 16 NOVEMBRE 1982

LES GOUVERNEMENTS de la République Fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, du Royaume de l'Espagne, de la République de Finlande, de la République Française, de la République Italienne, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, de la République de Slovénie, du Royaume de Suède et de la Confédération Suisse ;

CONSIDÉRANT que certaines dispositions de la Convention du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982, ont été modifiées par le Protocole conclu à Paris le 12 février 2004, dont ils sont Signataires ;

CONSIDÉRANT qu'il est souhaitable de modifier également la Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960, amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982 ;

SONT CONVENUS de ce qui suit :

I.

La Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, telle qu'elle a été amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982, est modifiée comme suit :

A. Le deuxième paragraphe du préambule est remplacé par le texte suivant :

PARTIES à la Convention du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, conclue dans le cadre de l'Organisation Européenne de Coopération Économique devenue l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques et telle qu'elle a été modifiée par le Protocole Additionnel conclu à Paris, le 28 janvier 1964, par le Protocole conclu à Paris, le 16 novembre 1982 et par le Protocole conclu à Paris, le 12 février 2004, (ci-après dénommée la « Convention de Paris ») ;

B. L'article 2 est remplacé par le texte suivant :

Article 2

a) Le régime de la présente Convention s'applique aux dommages nucléaires dont la responsabilité incombe, en vertu de la Convention de Paris, à l'exploitant d'une installation nucléaire à usage pacifique, située sur le territoire d'une Partie Contractante à la présente Convention (ci-après dénommée « Partie Contractante »), et qui sont subis :

i) sur le territoire d'une Partie Contractante, ou

ii) dans les zones maritimes situées au-delà de la mer territoriale d'une Partie Contractante ou au-dessus de telles zones,

1. à bord d'un navire ou par un navire battant pavillon d'une Partie Contractante ou à bord d'un aéronef ou par un aéronef immatriculé sur le territoire d'une Partie Contractante ou dans ou par une île artificielle, une installation ou une construction sous la juridiction d'une Partie Contractante, ou

2. par un ressortissant d'une Partie Contractante,

à l'exclusion d'un dommage subi dans la mer territoriale d'un État non-Contractant ou au-dessus, ou

iii) dans la zone économique exclusive d'une Partie Contractante ou au-dessus ou sur le plateau continental d'une Partie Contractante, à l'occasion de l'exploitation ou de la prospection des ressources naturelles de cette zone économique exclusive ou de ce plateau continental,

sous réserve que les tribunaux d'une Partie Contractante soient compétents conformément à la Convention de Paris.

b) Tout Signataire ou Gouvernement adhérent peut, au moment de la signature de la présente Convention ou de son adhésion à celle-ci ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, déclarer qu'il assimile à ses propres ressortissants, aux fins de l'application du paragraphe (a)(ii) 2 ci-dessus, les personnes physiques qui ont leur résidence habituelle sur son territoire au sens de sa législation, ou certaines catégories d'entre elles.

c) Au sens du présent article, l'expression « ressortissant d'une Partie Contractante » couvre une Partie Contractante ou toute subdivision politique d'une telle Partie, ou toute personne morale de droit public ou de droit privé, ainsi que toute entité publique ou privée n'ayant pas la personnalité juridique, établie sur le territoire d'une Partie Contractante.

C. L'article 3 est remplacé par le texte suivant :

Article 3

a) Dans les conditions fixées par la présente Convention, les Parties Contractantes s'engagent à ce que la réparation des dommages nucléaires visés à l'article 2 soit effectuée à concurrence d'un montant de 1 500 millions d'euros par accident nucléaire, sous réserve de l'application de l'article 12bis.

b) Cette réparation est effectuée comme suit :

i) à concurrence d'un montant au moins égal à 700 millions d'euros, fixé à cet effet en vertu de la législation de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable, au moyen de fonds provenant d'une assurance ou d'une autre garantie financière ou de fonds publics alloués conformément à l'article 10(c) de la Convention de Paris, ces fonds étant répartis jusqu'à concurrence de 700 millions d'euros, conformément à la Convention de Paris ;

ii) entre le montant visé à l'alinéa (i) ci-dessus et 1 200 millions d'euros, au moyen de fonds publics à allouer par la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable ;

iii) entre 1 200 millions d'euros et 1 500 millions d'euros, au moyen de fonds publics à allouer par les Parties Contractantes selon la clé de répartition prévue à l'article 12, ce montant pouvant être accru conformément au mécanisme prévu à l'article 12bis.

- c) À cet effet, chaque Partie Contractante doit :
- i) soit prévoir dans sa législation que la responsabilité de l'exploitant n'est pas inférieure au montant visé au paragraphe (a) ci-dessus et disposer que cette responsabilité est couverte par l'ensemble des fonds visés au paragraphe (b) ci-dessus ;
 - ii) soit prévoir dans sa législation que la responsabilité de l'exploitant est fixée à un niveau au moins égal à celui qui est fixé conformément au paragraphe (b)(i) ci-dessus ou à l'article 7(b) de la Convention de Paris, et disposer qu'au-delà de ce montant et jusqu'au montant visé au paragraphe (a) ci-dessus, les fonds publics visés au paragraphe (b)(i), (ii) et (iii) ci-dessus sont alloués à un titre différent de celui d'une couverture de la responsabilité de l'exploitant ; toutefois, elle ne doit pas porter atteinte aux règles de fond et de procédure fixées par la présente Convention.
- d) Les créances découlant de l'obligation, pour l'exploitant, de réparer des dommages ou de payer des intérêts et dépens au moyen des fonds alloués conformément aux paragraphes b(ii) et (iii) et (g) du présent article ne sont exigibles à son égard qu'au fur et à mesure de l'allocation effective de ces fonds.
- e) Si un État fait usage de la faculté prévue par l'article 21(c) de la Convention de Paris, il ne peut devenir Partie Contractante à la présente Convention qu'à la condition qu'il garantisse que des fonds sont disponibles pour couvrir la différence entre le montant pour lequel l'exploitant est responsable et 700 millions d'euros.
- f) Les Parties Contractantes s'engagent à ne pas faire usage, dans l'exécution de la présente Convention, de la faculté prévue à l'article 15(b) de la Convention de Paris d'édicter des conditions particulières, autres que celles prévues par la présente Convention, pour la réparation des dommages nucléaires au moyen des fonds visés au paragraphe (a) du présent article.
- g) Les intérêts et dépens visés à l'article 7(h) de la Convention de Paris sont payables au-delà des montants indiqués au paragraphe (b) ci-dessus. Dans la mesure où ils sont alloués au titre d'une réparation payable sur les fonds visés :
- i) au paragraphe (b)(i) ci-dessus, ils sont à la charge de l'exploitant responsable ;
 - ii) au paragraphe (b)(ii) ci-dessus, ils sont à la charge de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de cet exploitant, dans la limite des fonds alloués par cette Partie Contractante ;
 - iii) au paragraphe (b)(iii) ci-dessus, ils sont à la charge de l'ensemble des Parties Contractantes.
- h) Les montants mentionnés dans la présente Convention sont convertis dans la monnaie nationale de la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents suivant la valeur de cette monnaie à la date de l'accident à moins qu'une autre date ne soit fixée d'un commun accord pour un accident donné, par les Parties Contractantes.

D. L'article 4 est supprimé.

E. L'article 5 est remplacé par le texte suivant :

Article 5

Dans le cas où l'exploitant responsable a un droit de recours conformément à l'article 6(f) de la Convention de Paris, les Parties Contractantes à la présente Convention ont le même droit dans la mesure où des fonds publics sont alloués en vertu de l'article 3(b) et (g).

F. L'article 6 est remplacé par le texte suivant :

Article 6

Pour le calcul des fonds publics à allouer en vertu de la présente Convention, seuls sont pris en considération les droits à réparation exercés du fait de décès ou de dommage aux personnes dans un délai de trente ans à compter de l'accident nucléaire et du fait de tout autre dommage nucléaire dans un délai de dix ans à compter de l'accident nucléaire. De tels délais sont en outre prolongés dans les cas et aux conditions fixées à l'article 8(e) de la Convention de Paris. Les demandes complémentaires présentées après l'expiration de ce délai, dans les conditions prévues à l'article 8(f) de la Convention de Paris, sont également prises en considération.

G. L'article 7 est remplacé par le texte suivant :

Article 7

Lorsqu'une Partie Contractante fait usage de la faculté prévue à l'article 8(d) de la Convention de Paris, le délai qu'elle fixe est un délai de prescription de trois ans au moins à compter soit du moment où le lésé a eu connaissance du dommage et de l'exploitant responsable, soit du moment où il a dû raisonnablement en avoir connaissance.

H. L'article 8 est remplacé par le texte suivant :

Article 8

Toute personne bénéficiant des dispositions de la présente Convention a droit à la réparation intégrale du dommage nucléaire subi, conformément aux dispositions prévues par le droit national. Toutefois, une Partie Contractante peut fixer des critères de répartition équitables de la réparation disponible en vertu de la présente Convention pour le cas où le montant des dommages dépasse ou risque de dépasser 1 500 millions d'euros, sans qu'il en résulte, quelle que soit l'origine des fonds et sous réserve des dispositions de l'article 2, de discrimination en fonction de la nationalité, du domicile ou de la résidence de la personne ayant subi le dommage.

I. L'article 9 est remplacé par le texte suivant :

Article 9

a) Le régime d'allocation des fonds publics disponibles en vertu de la présente Convention est celui de la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents.

b) Chaque Partie Contractante prend les dispositions nécessaires pour que les personnes ayant subi un dommage nucléaire puissent faire valoir leurs droits à réparation sans avoir à entamer des procédures différentes selon l'origine des fonds destinés à cette réparation.

c) Une Partie Contractante est tenue d'allouer les fonds visés à l'article 3(b)(iii), à partir du moment où le montant de la réparation en vertu de la présente Convention atteint le total des montants visés à l'article 3(b)(i) et (ii), indépendamment du fait que des fonds à la charge de l'exploitant restent disponibles ou que la responsabilité de l'exploitant n'est pas limitée dans son montant.

J. L'article 10 est remplacé par le texte suivant :

Article 10

a) La Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents est tenue d'informer les autres Parties Contractantes de la survenance et des circonstances d'un accident nucléaire dès qu'il apparaît que les dommages

nucléaires causés par cet accident dépassent ou risquent de dépasser le total des montants visés à l'article 3(b)(i) et (ii). Les Parties Contractantes prennent sans délai toutes dispositions nécessaires pour régler les modalités de leurs rapports à ce sujet.

b) Seule la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents peut demander aux autres Parties Contractantes l'allocation des fonds publics visés à l'article 3(b)(iii) et (g) et a compétence pour attribuer ces fonds.

c) Cette Partie Contractante exerce, le cas échéant, les recours visés à l'article 5 pour le compte des autres Parties Contractantes qui auraient alloué des fonds publics au titre de l'article 3(b)(iii) et (g).

d) Les transactions intervenues conformément aux conditions fixées par la législation nationale au sujet de la réparation des dommages nucléaires effectuée au moyen des fonds publics visés à l'article 3(b)(ii) et (iii) seront reconnues par les autres Parties Contractantes, et les jugements prononcés par les tribunaux compétents au sujet d'une telle réparation deviendront exécutoires sur le territoire des autres Parties Contractantes conformément aux dispositions de l'article 13(i) de la Convention de Paris.

K. L'article 11 est remplacé par le texte suivant :

Article 11

a) Si les tribunaux compétents relèvent d'une Partie Contractante autre que celle sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable, les fonds publics visés à l'article 3(b)(ii) et (g) sont alloués par la première de ces Parties. La Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable rembourse à l'autre les sommes versées. Ces deux Parties Contractantes déterminent d'un commun accord les modalités du remboursement.

b) Si plusieurs Parties Contractantes sont tenues d'allouer des fonds publics conformément à l'article 3(b)(ii) et (g), les dispositions du paragraphe (a) ci-dessus s'appliquent mutatis mutandis. Le remboursement s'effectue en prenant en compte la mesure dans laquelle chaque exploitant a contribué à l'accident nucléaire.

c) Dans l'adoption de toutes dispositions législatives, réglementaires ou administratives postérieures au moment de l'accident nucléaire et relatives à la nature, à la forme et à l'étendue de la réparation, aux modalités d'allocation des fonds publics visés à l'article 3(b)(ii) et (g) et, le cas échéant, aux critères de répartition de ces fonds, la Partie Contractante dont les tribunaux sont compétents consulte la Partie Contractante sur le territoire de laquelle est située l'installation nucléaire de l'exploitant responsable. En outre, elle prend toutes mesures nécessaires pour permettre à celle-ci d'intervenir dans les procès et de participer aux transactions concernant la réparation.

L. L'article 12 est remplacé par le texte suivant :

Article 12

a) La clé de répartition selon laquelle les Parties Contractantes allouent les fonds publics visés à l'article 3(b)(iii) est calculée :

- i) à concurrence de 35 %, sur la base du rapport existant entre, d'une part, le produit intérieur brut aux prix courants de chaque Partie Contractante et, d'autre part, le total des produits intérieurs bruts aux prix courants de toutes les Parties Contractantes, tels qu'ils résultent de la statistique officielle publiée par l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques pour l'année précédant celle au cours de laquelle l'accident nucléaire sera survenu ;
- ii) à concurrence de 65 %, sur la base du rapport existant entre, d'une part, la puissance thermique des réacteurs situés sur le territoire de chaque Partie Contractante et, d'autre part, la puissance thermique totale des réacteurs situés sur l'ensemble des territoires des Parties Contractantes. Ce calcul sera effectué sur la base de la puissance thermique des réacteurs figurant, à la date de l'accident, sur les listes prévues à l'article 13. Cependant, un réacteur n'est pris en considération

pour ce calcul qu'à partir de la date à laquelle il a atteint, pour la première fois, la criticalité et un réacteur n'est plus pris en considération pour ce calcul lorsque tous les combustibles nucléaires ont été retirés définitivement du cœur du réacteur et ont été entreposés de façon sûre conformément aux procédures approuvées.

- b) Au sens de la présente Convention, « puissance thermique » signifie :
- i) avant la délivrance de l'autorisation d'exploitation définitive, la puissance thermique prévue ;
 - ii) après cette délivrance, la puissance thermique autorisée par les autorités nationales compétentes.

M. Un nouvel article 12bis est ajouté après l'article 12, rédigé comme suit :

Article 12bis

a) Dans le cas d'une adhésion à la présente Convention, les fonds publics visés à l'article 3(b)(iii) sont augmentés à raison de :

- i) 35 % d'un montant calculé en appliquant au montant précité le rapport entre, d'une part, le produit intérieur brut aux prix courants de la Partie qui adhère et, d'autre part, le total des produits intérieurs bruts aux prix courants de toutes les Parties Contractantes, à l'exception de celui de la Partie qui adhère ;
- ii) 65 % d'un montant calculé en appliquant au montant précité le rapport entre, d'une part, la puissance thermique des réacteurs situés sur le territoire de la Partie qui adhère et, d'autre part, la puissance thermique totale des réacteurs situés sur l'ensemble des territoires des Parties Contractantes, à l'exception de celle de la Partie qui adhère.

b) Le montant visé au paragraphe (a) ci-dessus ainsi augmenté sera arrondi au montant supérieur le plus proche exprimé en milliers d'euros.

c) Le produit intérieur brut de la Partie qui adhère sera déterminé sur la base de la statistique officielle publiée par l'Organisation de Coopération et de Développement Économiques pour l'année précédant celle au cours de laquelle l'adhésion est entrée en vigueur.

d) La puissance thermique de la Partie qui adhère sera déterminée sur la base de la liste d'installations nucléaires communiquée par celle-ci au Gouvernement belge conformément à l'article 13(b). Cependant, aux fins du calcul des contributions en vertu du paragraphe (a)(ii) ci-dessus, un réacteur n'est pris en considération pour ce calcul qu'à partir de la date à laquelle il a atteint, pour la première fois, la criticalité et un réacteur n'est plus pris en considération pour ce calcul lorsque tous les combustibles nucléaires ont été retirés définitivement du cœur du réacteur et ont été entreposés de façon sûre conformément aux procédures approuvées.

N. Les paragraphes (a), (b), (f) et (i) de l'article 13 sont remplacés par le texte suivant :

Article 13

a) Chaque Partie Contractante doit faire figurer sur une liste toutes les installations nucléaires à usage pacifique situées sur son territoire, répondant aux définitions de l'article premier de la Convention de Paris.

b) À cet effet, chaque Signataire ou Gouvernement adhérent à la présente Convention communique, au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, le relevé complet de ces installations, au Gouvernement belge.

f) Si une Partie Contractante est d'avis que le relevé ou une modification à apporter à la liste communiquée par une autre Partie Contractante n'est pas conforme aux dispositions du présent article, elle ne peut soulever d'objections à cet égard qu'en les adressant au Gouvernement belge dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle elle a reçu une notification conformément au paragraphe (h) ci-dessous.

i) L'ensemble des relevés et modifications visés aux paragraphes *(b)*, *(c)*, *(d)* et *(e)* ci-dessus constitue la liste prévue par le présent article, étant précisé que les objections présentées aux termes des paragraphes *(f)* et *(g)* ci-dessus ont effet rétroactif au jour où elles ont été formulées, si elles sont admises.

O. L'article 14 est remplacé par le texte suivant :

Article 14

a) Dans la mesure où la présente Convention n'en dispose pas autrement, chaque Partie Contractante peut exercer les compétences qui lui sont dévolues par la Convention de Paris et toutes les dispositions ainsi prises sont opposables aux autres Parties Contractantes pour l'allocation des fonds publics visés à l'article 3*(b)(ii)* et *(iii)*.

b) Toutefois les dispositions prises par une Partie Contractante conformément à l'article 2*(b)* de la Convention de Paris ne sont opposables à une autre Partie Contractante pour l'allocation des fonds publics visés à l'article 3*(b)(ii)* et *(iii)* que si elles ont reçu son consentement.

c) La présente Convention ne s'oppose pas à ce qu'une Partie Contractante prenne des dispositions en dehors du cadre de la Convention de Paris et de la présente Convention, sous réserve toutefois que ces dispositions n'entraînent pas d'obligations supplémentaires pour les autres Parties Contractantes dans la mesure où des fonds publics de ces Parties sont en cause.

d) Dans le cas où toutes les Parties Contractantes à la présente Convention ratifient, acceptent, approuvent ou adhèrent à un autre accord international relatif à la réparation complémentaire des dommages nucléaires, une Partie Contractante à la présente Convention pourra utiliser les fonds devant être alloués conformément à l'article 3*(b)(iii)* de la présente Convention pour satisfaire à l'obligation qui pourrait lui incomber en vertu de cet autre accord international de fournir une réparation complémentaire de dommages nucléaires au moyen de fonds publics.

P. L'article 15 est remplacé par le texte suivant :

Article 15

a) Toute Partie Contractante peut conclure avec un État qui n'est pas Partie à la présente Convention un accord portant sur la réparation, au moyen de fonds publics, de dommages causés par un accident nucléaire. Toute Partie Contractante qui se propose de conclure un tel accord doit faire part de son intention aux autres Parties Contractantes. Les accords conclus doivent être notifiés au Gouvernement belge.

b) Dans la mesure où les conditions de réparation résultant d'un tel accord ne sont pas plus favorables que celles résultant des dispositions prises pour l'application de la Convention de Paris et de la présente Convention par la Partie Contractante considérée, le montant des dommages indemnisables en vertu d'un tel accord et causés par un accident nucléaire couvert par la présente Convention peut être pris en considération, en vue de l'application de l'article 8, deuxième phrase, pour le calcul du montant total des dommages causés par cet accident.

c) En aucun cas, les dispositions des paragraphes *(a)* et *(b)* ci-dessus ne peuvent affecter les obligations incombant en vertu de l'article 3*(b)(ii)* et *(iii)* aux Parties Contractantes qui n'auraient pas donné leur consentement à un tel accord.

Q. L'article 17 est remplacé par le texte suivant :

Article 17

a) En cas de différend entre deux ou plusieurs Parties Contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention, les parties intéressées se consulteront en vue de régler ce différend par voie de négociation ou autre mode de règlement à l'amiable.

b) Lorsqu'un différend visé au paragraphe (a) n'est pas réglé dans les six mois suivant la date à laquelle un tel différend a été constaté par l'une des parties intéressées, les Parties Contractantes se réuniront pour aider les parties intéressées à parvenir à un règlement à l'amiable.

c) Lorsque le différend n'est pas réglé dans les trois mois suivant la date à laquelle les Parties Contractantes se sont réunies conformément au paragraphe (b), ce différend, à la demande de l'une ou l'autre des parties intéressées, sera soumis au Tribunal Européen pour l'Énergie Nucléaire créé par la Convention en date du 20 décembre 1957 sur l'établissement d'un contrôle de sécurité dans le domaine de l'énergie nucléaire.

d) Lorsqu'un accident nucléaire donne lieu à un différend entre deux ou plusieurs Parties Contractantes concernant l'interprétation ou l'application de la Convention de Paris et de la présente Convention, la procédure de règlement de ce différend sera celle prévue à l'article 17 de la Convention de Paris.

R. L'article 18 est remplacé par le texte suivant :

Article 18

a) Des réserves portant sur une ou plusieurs dispositions de la présente Convention peuvent être formulées à tout moment avant la ratification, l'acceptation ou l'approbation de la présente Convention, si leurs termes ont été expressément acceptés par tous les Signataires, ou lors, soit de l'adhésion, soit de l'utilisation des dispositions des articles 21 et 24, si leurs termes ont été expressément acceptés par les Signataires et Gouvernements adhérents.

b) Toutefois, l'acceptation d'un Signataire n'est pas requise si celui-ci n'a pas lui-même ratifié, accepté ou approuvé la présente Convention dans un délai de douze mois à partir de la date où la notification de la réserve lui a été communiquée par le Gouvernement belge conformément à l'article 25.

c) Toute réserve acceptée conformément aux dispositions du paragraphe (a) ci-dessus peut être retirée à tout moment par notification adressée au Gouvernement belge.

S. L'article 20 est remplacé par le texte suivant :

Article 20

a) L'Annexe à la présente Convention fait partie intégrante de cette dernière.

b) La présente Convention sera soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement belge.

c) La présente Convention entrera en vigueur trois mois après le dépôt du sixième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

d) Pour chaque Signataire ratifiant, acceptant ou approuvant la présente Convention après le dépôt du sixième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, elle prendra effet trois mois après la date du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

T. L'article 21 est remplacé par le texte suivant :

Article 21

Les modifications à la présente Convention sont adoptées du commun accord des Parties Contractantes. Elles entrent en vigueur à la date à laquelle toutes les Parties Contractantes les auront ratifiées, acceptées ou approuvées.

U. L'article 25 est remplacé par le texte suivant :

Article 25

Le Gouvernement belge donne communication à tous les Signataires et Gouvernements ayant adhéré à la Convention, de la réception des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation, d'adhésion, de retrait et de toutes autres notifications qu'il aurait reçues. Il leur notifie également la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, le texte des modifications adoptées, la date d'entrée en vigueur de ces modifications, les réserves faites conformément à l'article 18, ainsi que toute augmentation de la réparation disponible en vertu de l'article 3(a) du fait de l'application de l'article 12bis.

V. L'Annexe est remplacée par le texte suivant :

Annexe

À LA CONVENTION DU 31 JANVIER 1963 COMPLÉMENTAIRE A LA CONVENTION DE PARIS DU 29 JUILLET 1960 SUR LA RESPONSABILITÉ CIVILE DANS LE DOMAINE DE L'ÉNERGIE NUCLÉAIRE, AMENDÉE PAR LE PROTOCOLE ADDITIONNEL DU 28 JANVIER 1964, PAR LE PROTOCOLE DU 16 NOVEMBRE 1982 ET PAR LE PROTOCOLE DU 12 FÉVRIER 2004

LES GOUVERNEMENTS DES PARTIES CONTRACTANTES déclarent que la réparation des dommages nucléaires causés par un accident nucléaire qui n'est pas couvert par la Convention Complémentaire du seul fait que l'installation nucléaire concernée, en raison de son utilisation, n'est pas incluse dans la liste visée à l'article 13 de la Convention Complémentaire (y compris le cas où cette installation, non incluse dans la liste, est considérée par un ou plusieurs, mais non par tous les Gouvernements comme non couverte par la Convention de Paris) :

- est effectuée sans aucune discrimination entre les ressortissants des Parties Contractantes à la Convention Complémentaire ;
- n'est pas limitée par un plafond qui serait inférieur à 1 500 millions d'euros.

En outre, ces Gouvernements s'efforceront, si elles ne le sont déjà, de rendre les règles de dédommagement des victimes de tels accidents aussi voisines que possible de celles prévues pour les accidents nucléaires survenus en relation avec les installations nucléaires couvertes par la Convention Complémentaire.

II.

a) Entre les Parties au présent Protocole, les dispositions dudit Protocole font partie intégrante de la Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, telle qu'elle a été amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982 (appelée ci-après la « Convention »), qui sera dénommée « Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 amendée par le Protocole Additionnel du 28 janvier 1964, par le Protocole du 16 novembre 1982 et par le Protocole du 12 février 2004 ».

b) Le présent Protocole sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent Protocole seront déposés auprès du Gouvernement belge.

c) Les Signataires du présent Protocole qui ont déjà ratifié ou adhéré à la Convention expriment leur intention de ratifier, d'accepter ou d'approuver aussitôt que possible le présent Protocole. Les autres Signataires du présent Protocole s'engagent à le ratifier, l'accepter ou l'approuver, en même temps qu'ils ratifieront la Convention.

d) Le présent Protocole sera ouvert à l'adhésion conformément aux dispositions de l'article 22 de la Convention. Aucune adhésion à la Convention ne sera reçue si elle n'est accompagnée d'une adhésion au présent Protocole.

e) Le présent Protocole entrera en vigueur conformément aux dispositions de l'article 21 de la Convention.

f) Le Gouvernement belge donnera communication à tous les Signataires ainsi qu'aux Gouvernements adhérents de la réception des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

PROTOCOLLO

EMENDATIVO DELLA CONVENZIONE DEL 31 GENNAIO 1963 COMPLEMENTARE ALLA CONVENZIONE DI PARIGI DEL 29 LUGLIO 1960 SULLA RESPONSABILITA' CIVILE NEL CAMPO DELL'ENERGIA NUCLEARE, EMENDATA DAL PROTOCOLLO ADDIZIONALE DEL 28 GENNAIO 1964 E DAL PROTOCOLLO DEL 16 NOVEMBRE 1982

I GOVERNI del Regno del Belgio, del Regno di Danimarca, della Repubblica di Finlandia, della Repubblica Francese, della Repubblica Federale di Germania, della Repubblica Italiana, del Regno di Norvegia, del Regno dei Paesi Bassi, del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord, della Repubblica di Slovenia, del Regno di Spagna, del Regno di Svezia e della Confederazione Svizzera;

CONSIDERANDO che alcune disposizioni della Convenzione del 29 luglio 1960 sulla responsabilità civile nel campo dell'energia nucleare, emendata dal Protocollo addizionale del 28 gennaio 1964 e dal Protocollo del 16 novembre 1982, sono state modificate dal Protocollo concluso a Parigi il 12 febbraio 2004, di cui detti Governi sono Firmatari;

CONSIDERANDO che è auspicabile modificare anche la Convenzione del 31 gennaio 1963 Complementare alla Convenzione di Parigi del 29 luglio 1960, emendata dal Protocollo addizionale del 28 gennaio 1964 e dal Protocollo del 16 novembre 1982;

HANNO CONVENUTO quanto segue:

I.

La Convenzione del 31 gennaio 1963 Complementare alla Convenzione di Parigi del 29 luglio 1960 sulla responsabilità civile nel campo dell'energia nucleare, come emendata dal Protocollo addizionale del 28 gennaio 1964 e dal Protocollo del 16 novembre 1982, è modificata come segue:

A. Il secondo paragrafo del preambolo è sostituito dal seguente testo:

IN QUALITA' DI PARTI della Convenzione del 29 luglio 1960 sulla responsabilità civile nel campo dell'energia nucleare, conclusa nell'ambito dell'Organizzazione Europea per la Cooperazione Economica, divenuta l'Organizzazione per la Cooperazione e lo Sviluppo Economico, e quale modificata dal Protocollo addizionale concluso a Parigi il 28 gennaio 1964, dal Protocollo concluso a Parigi il 16 novembre 1982 e dal Protocollo concluso a Parigi il 12 febbraio 2004, (nel seguito denominata "Convenzione di Parigi").

B. L'articolo 2 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 2

a) Il regime della presente Convenzione si applica ai danni nucleari la cui responsabilità incombe, in forza della Convenzione di Parigi, all' esercente di un impianto nucleare per usi pacifici, situato sul territorio di una Parte Contraente della presente Convenzione (nel seguito denominata "Parte Contraente") e che sono subìti:

i) sul territorio di una Parte Contraente; o

ii) nelle zone marittime situate al di là del mare territoriale di una Parte Contraente o al di sopra di tali zone,

1. a bordo di una nave, o da una nave che inalbera la bandiera di una Parte Contraente o a bordo di un aeromobile, o da un aeromobile immatricolato sul territorio di una Parte Contraente, oppure in o da un'isola artificiale, impianto o costruzione sotto la giurisdizione di una Parte Contraente, oppure

2. da un cittadino di una Parte Contraente,

escluso il danno subito nel mare territoriale di uno Stato non Contraente o sovrastante lo stesso; oppure

iii) nella zona economica esclusiva di una Parte Contraente o sovrastante alla zona stessa o sulla piattaforma continentale di una Parte Contraente, in connessione con lo sfruttamento o l'esplorazione delle risorse naturali di quella zona economica esclusiva o piattaforma continentale,

a condizione che i tribunali della Parte Contraente siano competenti in base alla Convenzione di Parigi.

b) Ogni Firmatario o Governo aderente può, al momento della firma della presente Convenzione o dell'adesione a quest'ultima, o al momento del deposito del suo strumento di ratifica, di accettazione o di approvazione, dichiarare che, ai fini dell'applicazione del paragrafo (a)(ii) 2 di cui sopra, le persone fisiche o alcune categorie fra queste persone, che in base alla legislazione nazionale sono considerate come residenti abituali sul suo territorio, sono assimilate ai propri cittadini.

c) Ai sensi del presente articolo, "cittadino di una Parte Contraente" include una Parte Contraente o qualsiasi sua suddivisione politica, o qualsiasi persona giuridica di diritto pubblico o di diritto privato, nonché qualsiasi ente pubblico o privato avente o meno una personalità giuridica, che siano stabiliti sul territorio di una Parte Contraente.

C. L'articolo 3 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 3

a) Alle condizioni stabilite dalla presente Convenzione, le Parti Contraenti s'impegnano affinché il risarcimento dei danni nucleari di cui all'articolo 2 sia effettuato a concorrenza dell'ammontare di 1 500 milioni di euro per incidente nucleare, fatta salva l'applicazione dell'articolo 12bis.

b) Tale risarcimento è effettuato come segue:

i) fino a concorrenza di un ammontare almeno pari a 700 milioni di euro stabilito a tal fine dalla legislazione della Parte Contraente sul cui territorio è ubicato l'impianto nucleare dell'esercente responsabile, per mezzo di fondi provenienti da un'assicurazione o da altra garanzia finanziaria o da fondi pubblici stanziati in conformità all'articolo 10(c) della Convenzione di Parigi, tali fondi essendo ripartiti fino a concorrenza di 700 milioni di euro in conformità alla Convenzione di Parigi;

ii) a partire dall'ammontare di cui al capoverso (b)(i) precedente e sino a 1 200 milioni di euro, per mezzo di fondi pubblici da stanziare ad opera della Parte Contraente sul cui territorio è situato l'impianto nucleare dell'esercente responsabile;

iii) a partire da 1 200 milioni di euro e sino a 1 500 milioni di euro, per mezzo di fondi pubblici che dovranno essere stanziati dalle Parti Contraenti secondo la chiave di ripartizione prevista all'articolo 12, tale ammontare essendo suscettibile di aumento in conformità al meccanismo previsto all'articolo 12bis.

- c) A tal fine, ciascuna Parte Contraente deve:
- i) prevedere nella sua legislazione che la responsabilità dell'esercente non è inferiore all'ammontare indicato al paragrafo (a) precedente e disporre che questa responsabilità sia coperta dall'insieme dei fondi di cui al paragrafo (b) precedente; ovvero
 - ii) prevedere nella sua legislazione che la responsabilità dell'esercente è stabilita ad un livello almeno uguale a quello fissato in conformità al precedente paragrafo (b)(i) o all'articolo 7(b) della Convenzione di Parigi, e disporre che al di là di questo ammontare, e fino all'ammontare indicato al precedente paragrafo (a), i fondi pubblici di cui ai paragrafi (b)(i), (ii), e (iii) precedenti siano resi disponibili a titolo diverso da copertura della responsabilità dell'esercente; tuttavia non devono essere pregiudicate le norme sostanziali e procedurali stabilite dalla presente Convenzione.
- d) I crediti che derivano dall'obbligo per l'esercente di risarcire il danno o di pagare interessi e spese per mezzo dei fondi stanziati in conformità ai paragrafi (b)(ii) e (iii) e (g) del presente articolo, sono esigibili nei confronti di quest'ultimo solo nella misura in cui tali fondi sono effettivamente resi disponibili.
- e) Se uno Stato si avvale della facoltà prevista dall'articolo 21(c) della Convenzione di Parigi, esso può divenire Parte Contraente della presente Convenzione solo se garantisce la disponibilità di fondi per coprire la differenza tra l'ammontare di cui l'esercente è responsabile e 700 milioni di euro.
- f) Le Parti Contraenti s'impegnano a non avvalersi, nell'attuazione della presente Convenzione, della facoltà prevista all'articolo 15(b) della Convenzione di Parigi di applicare condizioni particolari, diverse da quelle previste dalla presente Convenzione, per il risarcimento di danni nucleari con i fondi di cui al paragrafo (a) del presente articolo.
- g) Gli interessi e le spese di cui all'articolo 7(h) della Convenzione di Parigi possono essere pagati in aggiunta agli importi indicati al paragrafo (b) di cui sopra. Qualora essi siano concessi a titolo di un risarcimento pagabile avvalendosi dei fondi menzionati:
- i) al paragrafo (b)(i) di cui sopra, essi sono a carico dell'esercente responsabile;
 - ii) al paragrafo (b)(ii) di cui sopra, essi sono a carico della Parte Contraente sul cui territorio l'impianto nucleare di tale esercente è ubicato, nei limiti dei fondi resi disponibili da tale Parte Contraente;
 - iii) al paragrafo (b)(iii) di cui sopra, essi sono a carico dell'insieme delle Parti Contraenti.
- h) Gli importi menzionati nella presente Convenzione sono convertiti nella moneta nazionale della Parte Contraente i cui tribunali sono competenti, secondo il valore di tale moneta alla data dell'incidente, a meno che un'altra data sia stabilita di comune accordo, per un determinato incidente, dalle Parti Contraenti.

D. L'articolo 4 è soppresso.

E. L'articolo 5 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 5

Qualora l'esercente responsabile abbia un diritto di ricorso in conformità all'articolo 6(f) della Convenzione di Parigi, le Parti Contraenti della presente Convenzione hanno lo stesso diritto nella misura in cui sono stati resi disponibili fondi pubblici ai sensi dell'articolo 3(b) e (g).

F. L'articolo 6 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 6

Per il calcolo dei fondi pubblici da rendere disponibili in virtù della presente Convenzione, si considerano solo i diritti a risarcimento esercitati in ragione di un decesso o di danni causati alle persone entro

un termine di trent'anni a decorrere dall'incidente nucleare, e in ragione di ogni altro danno nucleare, entro un termine di dieci anni a decorrere dall'incidente nucleare. Peraltro, tali termini sono prorogati nei casi ed alle condizioni stabilite all'articolo 8(e) della Convenzione di Parigi. Saranno prese in considerazione anche le richieste presentate dopo la scadenza di questi termini, alle condizioni previste all'articolo 8(f) della Convenzione di Parigi.

G. L'articolo 7 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 7

Quando una Parte Contraente si avvale della facoltà prevista all'articolo 8(d) della Convenzione di Parigi, il termine ivi fissato rappresenta un termine di prescrizione di almeno tre anni a decorrere o dal momento in cui la persona lesa ha avuto conoscenza del danno e dell'esercente responsabile, o dal momento in cui detta persona sarebbe ragionevolmente dovuta venirne a conoscenza.

H. L'articolo 8 è sostituito dal seguente testo :

Articolo 8

Ogni persona avente diritto a beneficiare delle disposizioni della presente Convenzione ha diritto al risarcimento integrale del danno nucleare subito, in conformità alle disposizioni previste dal diritto nazionale, a condizione che ove l'entità del danno superi o sia suscettibile di superare 1 500 milioni di euro, una Parte Contraente possa stabilire criteri equitativi per distribuire l'ammontare del risarcimento reso disponibile ai sensi della presente Convenzione. Tali criteri saranno applicati a prescindere dall'origine dei fondi e, fatte salve le disposizioni dell'articolo 2, senza alcuna discriminazione dovuta a nazionalità, domicilio o residenza della persona che ha subito il danno.

I. L'articolo 9 è sostituito dal seguente testo :

Articolo 9

a) Il regime di erogazione dei fondi pubblici resi disponibili in virtù della presente Convenzione è quello della Parte Contraente i cui tribunali hanno competenza.

b) Ciascuna Parte Contraente prende i provvedimenti necessari affinché le persone che abbiano subito un danno nucleare possano far valere i loro diritti al risarcimento, senza dover avviare procedure separate a seconda dell'origine dei fondi destinati a tale risarcimento.

c) Una Parte Contraente è tenuta a stanziare i fondi di cui all'articolo 3(b)(iii), a decorrere dal momento in cui l'ammontare del risarcimento ai sensi della presente Convenzione raggiunge il totale dei limiti finanziari di cui all'articolo 3(b)(i) e (ii), a prescindere dal fatto che i fondi a carico dell'esercente rimangano disponibili o che la responsabilità dell'esercente non sia limitata nel suo ammontare .

J. L'articolo 10 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 10

a) La Parte Contraente i cui tribunali sono competenti, deve informare le altre Parti Contraenti circa la sopravvenienza e le circostanze di un incidente nucleare nel momento in cui risulta che i danni nucleari causati da tale incidente superano o sono suscettibili di superare il totale dei limiti finanziari di cui all'articolo 3(b)(i) e (ii). Le Parti Contraenti adottano immediatamente tutte le disposizioni necessarie per regolare le modalità delle loro relazioni a tale riguardo .

b) Solo la Parte Contraente i cui tribunali sono competenti può chiedere alle altre Parti Contraenti di rendere disponibili i fondi pubblici di cui all'articolo 3(b)(iii) e (g), ed ha esclusiva competenza all'erogazione di tali fondi.

c) Questa Parte Contraente esercita, se del caso, il diritto di ricorso di cui all'articolo 5 per conto delle altre Parti Contraenti che hanno reso disponibili fondi pubblici a titolo dell'articolo 3(b)(iii) e (g) .

d) Le transazioni intervenute in conformità alle condizioni stabilite dalla legislazione nazionale per quanto riguarda il risarcimento di danni nucleari effettuato con i fondi pubblici di cui all'articolo 3(b)(ii) e (iii), saranno riconosciute dalle altre Parti Contraenti, e le sentenze pronunciate dai tribunali competenti riguardo a detto risarcimento diverranno esecutive sul territorio delle altre Parti Contraenti in conformità alle disposizioni dell'articolo 13(i) della Convenzione di Parigi.

K. L'articolo 11 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 11

a) Se i tribunali competenti dipendono da una Parte Contraente diversa da quella sul cui territorio è situato l'impianto nucleare dell'esercente responsabile, i fondi pubblici di cui all'articolo 3(b)(ii) e (g) sono resi disponibili dalla prima di queste Parti. La Parte Contraente sul cui territorio si trova l'impianto nucleare dell'esercente responsabile rimborsa all'altra Parte le somme versate. Queste due Parti Contraenti determinano di comune accordo le modalità del rimborso.

b) Laddove più Parti Contraenti siano tenute a rendere disponibili fondi pubblici in conformità all'articolo 3(b)(ii) e (g), si applicano mutatis mutandis le disposizioni del paragrafo (a). Nell'effettuare il rimborso, si tiene conto della misura in cui ciascun esercente ha contribuito all'incidente nucleare.

c) Nell'adottare qualsiasi disposizione legislativa, regolamentare o amministrativa posteriormente all'incidente nucleare e relativa alla natura, alla forma ed alla portata del risarcimento, nonché alle modalità di stanziamento dei fondi pubblici di cui all'articolo 3(b)(ii) e (g), e, se del caso, ai criteri di ripartizione di tali fondi, la Parte Contraente i cui tribunali sono competenti consulta la Parte Contraente sul cui territorio è situato l'impianto nucleare dell'esercente responsabile. Essa inoltre adotta tutti i provvedimenti necessari per consentire a quest'ultima di intervenire nei procedimenti e di partecipare alle transazioni concernenti il risarcimento.

L. L'articolo 12 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 12

a) La chiave di ripartizione in base alla quale le Parti Contraenti rendono disponibili i fondi pubblici di cui all'articolo 3(b)(iii) è calcolata:

- i) fino a concorrenza del 35%, sulla base del rapporto esistente tra, da un lato, il prodotto interno lordo ai prezzi correnti di ciascuna Parte Contraente e, d'altro lato, il totale dei prodotti interni lordi ai prezzi correnti di tutte le Parti Contraenti, come risultano dalle statistiche ufficiali pubblicate dall'Organizzazione per la Cooperazione e lo Sviluppo Economico per l'anno che precede quello in cui l'incidente nucleare è avvenuto;
- ii) fino a concorrenza del 65%, sulla base del rapporto esistente tra, da un lato, la potenza termica dei reattori situati sul territorio di ciascuna Parte Contraente e, d'altro lato, la potenza termica totale dei reattori situati sull'insieme dei territori delle Parti Contraenti. Questo calcolo sarà effettuato sulla base della potenza termica dei reattori che, alla data dell'incidente, figurano nelle liste previste dall'articolo 13. Tuttavia, ai fini del calcolo, si terrà conto di un reattore solo a decorrere dalla data in cui esso avrà per la prima volta raggiunto la criticità; mentre non sarà più tenuto conto di un reattore ai fini del calcolo quando tutto il combustibile nucleare è stato definitivamente ritirato dal nucleo del reattore ed è stato immagazzinato in modo sicuro in conformità a procedure approvate.

b) Ai sensi della presente Convenzione, per "potenza termica" s'intende:

- i) prima del rilascio della definitiva licenza di esercizio, la potenza termica prevista;

ii) dopo questo rilascio, la potenza termica autorizzata dalle autorità nazionali competenti.

M. Un nuovo articolo 12bis è aggiunto dopo l'articolo 12, redatto come segue:

Articolo 12bis

a) Nel caso di adesione alla presente Convenzione, l'ammontare di cui all'articolo 3(b)(iii) è incrementato in ragione del:

i) 35% di un importo calcolato applicando al suddetto ammontare il rapporto tra, da un lato, il prodotto interno lordo ai prezzi correnti della Parte che aderisce e, d'altro lato, il totale dei prodotti interni lordi ai prezzi correnti di tutte le Parti Contraenti, ad eccezione di quello della Parte che aderisce;

ii) 65% di un importo calcolato applicando al suddetto ammontare il rapporto tra, da un lato, la potenza termica dei reattori situati sul territorio della Parte che aderisce, e d'altro lato, la potenza termica totale dei reattori situati sull'insieme dei territori delle Parti Contraenti, ad eccezione di quella della Parte che aderisce.

b) L'ammontare in tal modo incrementato di cui al capoverso (a) sarà arrotondato all'importo superiore più vicino espresso in migliaia di euro.

c) Il prodotto interno lordo della Parte che aderisce sarà determinato in base alle statistiche ufficiali pubblicate dall'Organizzazione per la Cooperazione e lo Sviluppo Economico per l'anno che precede quello in cui l'adesione è entrata in vigore.

d) La potenza termica della Parte che aderisce sarà determinata sulla base della lista degli impianti nucleari che quest'ultima ha trasmesso al Governo belga in conformità all'articolo 13(b). Tuttavia, ai fini del calcolo dei contributi ai sensi del paragrafo (a)(ii) di cui sopra, ai fini del calcolo si terrà conto di un reattore solo a decorrere dalla data in cui esso avrà per la prima volta raggiunta la criticità, mentre non sarà tenuto più conto di un reattore quando tutto il combustibile nucleare è stato definitivamente ritirato dal nucleo del reattore ed è stato immagazzinato in modo sicuro in conformità a procedure approvate.

N. I paragrafi (a), (b), (f) e (i) dell'articolo 13 sono sostituiti dai seguenti testi:

Articolo 13

a) Ciascuna Parte Contraente deve provvedere a che siano inclusi in una lista tutti gli impianti nucleari per usi pacifici situati sul suo territorio, che corrispondono alle definizioni dell'articolo I della Convenzione di Parigi.

b) A tal fine, ciascun Firmatario o Governo che aderisce alla presente Convenzione, comunica al Governo belga, al momento del deposito dei suoi strumenti di ratifica, di accettazione, di approvazione o di adesione, una rilevazione particolareggiata di tali impianti.

f) Se una Parte Contraente ritiene che la rilevazione o una modifica da apportare alla lista, comunicata da un'altra Parte Contraente, non è conforme alle disposizioni del presente articolo, essa potrà sollevare obiezioni al riguardo solo indirizzandole al Governo belga entro un termine di tre mesi a decorrere dalla data in cui ha ricevuto una notifica in conformità al paragrafo (h) seguente.

i) L'insieme delle rilevazioni e delle modifiche di cui ai paragrafi (b), (c), (d) ed (e) precedenti, costituisce la lista prevista dal presente articolo, rimanendo inteso che le obiezioni presentate ai sensi dei paragrafi (f) e (g) precedenti hanno effetto retroattivo a decorrere dal giorno in cui sono state formulate, sempre che tali obiezioni siano circostanziate.

O. L'articolo 14 è sostituito dal seguente testo :

Articolo 14

a) Purché la presente Convenzione non disponga diversamente, ciascuna Parte Contraente può esercitare le competenze che le sono attribuite dalla Convenzione di Parigi, e tutte le disposizioni in tal modo adottate, sono opponibili nei confronti delle altre Parti Contraenti per quanto riguarda lo stanziamento dei fondi pubblici di cui all'articolo 3(*b*)(*ii*) e (*iii*).

b) Le disposizioni adottate da una Parte Contraente in conformità all'articolo 2(*b*) della Convenzione di Parigi per lo stanziamento dei fondi pubblici di cui all'articolo 3(*b*)(*ii*) e (*iii*) sono opponibili ad un'altra Parte Contraente solo se questa vi ha dato il suo consenso.

c) La presente Convenzione non vieta ad un'altra Parte Contraente di adottare disposizioni fuori dell'ambito della Convenzione di Parigi e della presente Convenzione, fermo restando tuttavia che tali disposizioni non dovranno comportare obblighi supplementari per le altre Parti Contraenti, qualora siano in causa i fondi pubblici di tali Parti.

d) Se tutte le Parti Contraenti della presente Convenzione ratificano, accettano, approvano o aderiscono ad un altro accordo internazionale relativo al risarcimento complementare di danni nucleari, una Parte Contraente della presente Convenzione potrà utilizzare i fondi da stanziare in conformità all'articolo 3(*b*)(*iii*) della presente Convenzione per soddisfare all'obbligo che potrebbe incomberle, ai sensi di tale altro accordo internazionale, al fine di fornire un risarcimento complementare dei danni nucleari per mezzo di fondi pubblici.

P. L'articolo 15 è sostituito dal seguente testo :

Articolo 15

a) Ogni Parte Contraente può concludere con uno Stato che non è Parte della presente Convenzione un accordo per il risarcimento con fondi pubblici dei danni causati da un incidente nucleare. Ogni Parte contraente che si propone di concludere tale accordo deve comunicare il suo intento alle altre Parti Contraenti. Gli accordi conclusi devono essere notificati al Governo belga.

b) Se le condizioni di risarcimento risultanti da tale accordo non sono più favorevoli di quelle risultanti dalle disposizioni adottate per l'applicazione della Convenzione di Parigi e della presente Convenzione ad opera della Parte Contraente in questione, l'ammontare dei danni indennizzabili in forza di un tale accordo e causati da un incidente nucleare coperto dalla presente Convenzione, potrà essere considerato, ai fini della clausola di cui all'articolo 8, seconda frase, per il calcolo dell'ammontare totale dei danni causati da questo incidente.

c) In nessun caso, le disposizioni dei paragrafi (*a*) e (*b*) di cui sopra possono pregiudicare gli obblighi che incombono, ai sensi dell'articolo 3(*b*)(*ii*) e (*iii*), alle Parti Contraenti che non abbiano dato il loro consenso all'accordo.

Q. L'articolo 17 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 17

a) Nel caso di una controversia fra due o più Parti Contraenti, relativa all'interpretazione o all'applicazione della presente Convenzione, le parti interessate si consulteranno in vista di dirimere tale controversia per via negoziale o per mezzo di altre transazioni.

b) Se una controversia di cui al paragrafo (*a*) non è risolta nei sei mesi successivi alla data in cui tale controversia è stata constatata da una delle parti interessate, le Parti Contraenti si riuniranno per assistere le parti interessate nel raggiungimento di una conciliazione amichevole.

c) Se la controversia non si risolve nei tre mesi successivi alla data in cui le Parti Contraenti si sono riunite in conformità al paragrafo (*b*), tale controversia, su richiesta di una o dell'altra fra le parti interessate, sarà sottoposta al Tribunale Europeo per l'Energia Nucleare istituito dalla Convenzione del 20 dicembre 1957 per l'istituzione di un controllo di sicurezza nel campo dell'energia nucleare.

d) Quando un incidente nucleare dà luogo ad una controversia fra due o più Parti Contraenti per quanto riguarda l'interpretazione o l'applicazione della Convenzione di Parigi e della presente Convenzione, per risolvere tale controversia si adotta la procedura prevista all'articolo 17 della Convenzione di Parigi.

R. L'articolo 18 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 18

a) Riserve vertenti su una o più disposizioni della presente Convenzione possono essere formulate in qualsiasi momento prima della ratifica, dell'accettazione o dell'approvazione della presente Convenzione, se i termini delle riserve sono stati espressamente accettati da tutti i Firmatari, oppure al momento sia dell'adesione, sia dell'applicazione delle disposizioni degli articoli 21 e 24, se i termini di dette riserve sono stati espressamente accettati dai Firmatari e dai Governi aderenti alla presente Convenzione.

b) L'accettazione di un Firmatario non è richiesta se quest'ultimo non ha esso stesso ratificato, accettato o approvato la presente Convenzione entro un termine di dodici mesi a decorrere dalla data in cui la notifica della riserva gli è stata comunicata dal Governo belga in conformità all'articolo 25.

c) Ogni riserva accettata in conformità alle disposizioni del precedente paragrafo (a) può essere ritirata in qualsiasi momento mediante notifica indirizzata al Governo belga.

S. L'articolo 20 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 20

a) L'Allegato alla presente Convenzione ne costituisce parte integrante.

b) La presente Convenzione sarà sottoposta a ratifica, accettazione o approvazione. Gli strumenti di ratifica, di accettazione o di approvazione saranno depositati presso il Governo belga.

c) La presente Convenzione entrerà in vigore tre mesi dopo il deposito del sesto strumento di ratifica, di accettazione o di approvazione.

d) Per ogni Firmatario il quale ratifichi, accetti o approvi la presente Convenzione dopo il deposito del sesto strumento di ratifica, di accettazione o di approvazione, quest'ultima entrerà in vigore tre mesi dopo la data di deposito del suo strumento di ratifica, di accettazione o di approvazione.

T. L'articolo 21 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 21

Le modifiche alla presente Convenzione sono adottate di comune accordo fra le Parti Contraenti. Esse entrano in vigore alla data in cui tutte le Parti Contraenti le avranno ratificate, accettate o approvate.

U. L'articolo 25 è sostituito dal seguente testo:

Articolo 25

Il Governo belga notifica a tutti i Firmatari ed ai Governi che hanno aderito alla Convenzione, la ricezione degli strumenti di ratifica, di accettazione, di approvazione, di adesione o di recesso, e di tutte le altre notifiche che avrà ricevuto. Esso notifica altresì la data di entrata in vigore della presente Convenzione, il testo di ogni modifica adottata, la data di entrata in vigore di tali modifiche, le riserve formulate in conformità all'articolo 18, nonché ogni aumento del risarcimento disponibile ai sensi dell'articolo 3(a) in applicazione dell'articolo 12bis.

V. L'Allegato è sostituito dal seguente testo:

Allegato

ALLA CONVENZIONE DEL 31 GENNAIO 1963 COMPLEMENTARE DELLA CONVENZIONE DI PARIGI DEL 29 LUGLIO 1960 SULLA RESPONSABILITA' CIVILE NEL CAMPO DELL'ENERGIA NUCLEARE, EMENDATA DAL PROTOCOLLO ADDIZIONALE DEL 28 GENNAIO 1964, DAL PROTOCOLLO DEL 16 NOVEMBRE 1982 E DAL PROTOCOLLO DEL 12 FEBBRAIO 2004

I GOVERNI DELLE PARTI CONTRAENTI dichiarano che il risarcimento dei danni nucleari causati da un incidente nucleare che non sono coperti dalla Convenzione Complementare per il solo fatto che l'impianto nucleare in oggetto, in ragione della sua utilizzazione, non è incluso nella lista di cui all'articolo 13 della Convenzione Complementare (ivi compreso il caso in cui tale impianto, non incluso nella lista, sia considerato da uno o più Governi, ma non da tutti, come non coperto dalla Convenzione di Parigi):

- è effettuato senza alcuna discriminazione fra i cittadini delle Parti Contraenti della Convenzione Complementare;
- non è limitato ad un importo inferiore a 1 500 milioni di euro.

Inoltre questi Governi si adopereranno affinché le regole per il risarcimento delle vittime di tali incidenti siano, ove già non lo fossero, le più simili possibili a quelle previste per gli incidenti nucleari accaduti in relazione ad impianti nucleari coperti dalla Convenzione Complementare.

II.

a) Fra le Parti del presente Protocollo, le disposizioni di detto Protocollo sono parte integrante della Convenzione del 31 gennaio 1963 complementare alla Convenzione di Parigi del 29 luglio 1960 sulla responsabilità civile nel campo dell'energia nucleare, come emendata dal Protocollo addizionale del 28 gennaio 1964 e dal Protocollo del 16 novembre 1982 (di seguito denominata "la Convenzione"), che sarà denominata "Convenzione del 31 gennaio 1963 complementare alla Convenzione di Parigi del 29 luglio 1960, emendata dal Protocollo addizionale del 28 gennaio 1964, dal Protocollo del 16 novembre 1982 e dal Protocollo del 12 febbraio 2004".

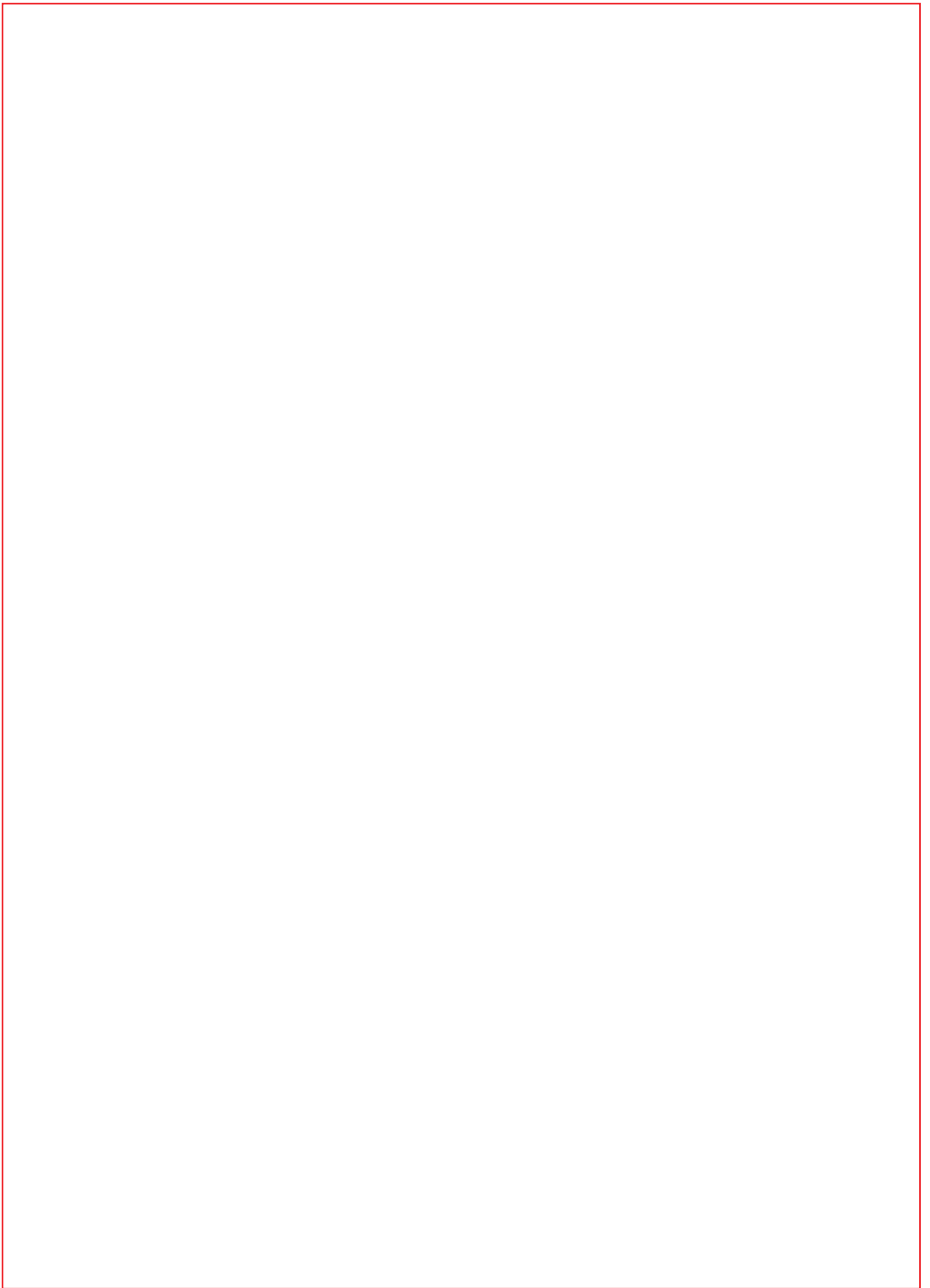
b) Il presente Protocollo sarà sottoposto a ratifica, accettazione o approvazione. Gli strumenti di ratifica, di accettazione o di approvazione del presente Protocollo saranno depositati presso il Governo belga.

c) I Firmatari del presente Protocollo che hanno già ratificato la Convenzione o che vi hanno aderito esprimono la loro intenzione di ratificare, accettare o approvare al più presto il presente Protocollo. Gli altri Firmatari del presente Protocollo s'impegnano a ratificarlo, accettarlo o approvarlo contestualmente alla loro ratifica della Convenzione.

d) Il presente Protocollo sarà aperto all'adesione in conformità alle disposizioni dell'articolo 22 della Convenzione. Nessuna adesione alla Convenzione sarà ricevuta se non è accompagnata da un'adesione al presente Protocollo.

e) Il Protocollo entrerà in vigore in conformità alle disposizioni dell'articolo 21 della Convenzione.

f) Il Governo belga comunicherà a tutti i Firmatari nonché ai Governi aderenti, la ricezione degli strumenti di ratifica, di accettazione, di approvazione o di adesione.



PROTOCOL

HOUDENDE WIJZIGING VAN HET VERDRAG VAN 31 JANUARI 1963 TOT AANVULLING VAN HET VERDRAG VAN PARIJS VAN 29 JULI 1960 INZAKE WETTELIJKE AANSPRAKELIJKHEID OP HET GEBIED VAN DE KERNENERGIE, ZOALS GEWIJZIGD BIJ HET AANVULLEND PROTOCOL VAN 28 JANUARI 1964 EN BIJ HET PROTOCOL VAN 16 NOVEMBER 1982

DE REGERINGEN van de Bondsrepubliek Duitsland, het Koninkrijk België, het Koninkrijk Denemarken, het Koninkrijk Spanje, de Republiek Finland, de Franse Republiek, de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk Noorwegen, het Koninkrijk der Nederlanden, het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland, de Republiek Slovenië, het Koninkrijk Zweden en de Zwitserse Bondsstaat;

OVERWEGENDE dat sommige bepalingen van het Verdrag van 29 juli 1960 inzake wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie, zoals gewijzigd bij het Aanvullend Protocol van 28 januari 1964 en bij het Protocol van 16 november 1982, zijn gewijzigd bij het op 12 februari 2004 te Parijs gesloten Protocol, waarvan zij ondertekenaar zijn;

OVERWEGENDE dat het wenselijk is tevens het Verdrag van 31 januari 1963 tot aanvulling van het Verdrag van Parijs van 29 juli 1960, zoals gewijzigd bij het Aanvullend Protocol van 28 januari 1964 en bij het Protocol van 16 november 1982, te wijzigen;

ZIJN het volgende **OVEREENGEKOMEN**:

I.

Het Verdrag van 31 januari 1963 tot aanvulling van het Verdrag van Parijs van 29 juli 1960 inzake wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie, zoals gewijzigd bij het Aanvullend Protocol van 28 januari 1964 en bij het Protocol van 16 november 1982, wordt als volgt gewijzigd:

A. De tweede alinea van de preambule wordt vervangen door de volgende tekst:

PARTIJEN bij het Verdrag van 29 juli 1960 inzake wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie, gesloten in het kader van de Organisatie voor Europese Economische Samenwerking en Ontwikkeling, thans de Organisatie voor Economische Samenwerking en Ontwikkeling en zoals gewijzigd bij het op 28 januari 1964 te Parijs gesloten Aanvullend Protocol, bij het op 16 november 1982 te Parijs gesloten Protocol en bij het op 12 februari 2004 te Parijs gesloten Protocol (hierna te noemen „Verdrag van Parijs”);

B. Artikel 2 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 2

a) De regeling in dit Verdrag is van toepassing op kernschade waarvoor krachtens het Verdrag van Parijs de aansprakelijkheid berust bij de exploitant van een kerninstallatie voor vreedzaam gebruik, gelegen op het grondgebied van een Partij bij het onderhavige Verdrag (hierna genoemd „Partij”) en die geleden is:

i) op het grondgebied van een Partij; of

ii) in of boven maritieme gebieden buiten de territoriale zee van een Partij

1. aan boord van of door een schip varend onder de vlag van een Partij, of aan boord van of door een luchtvaartuig dat op het grondgebied van een Partij is ingeschreven, of op of door een kunstmatig eiland, installatie of structuur onder de rechtsmacht van een Partij, of
2. door een onderdaan van een Partij,

met uitzondering van schade geleden in of boven de territoriale zee van een Staat die geen Partij is bij dit Verdrag; of

iii) in of boven de exclusieve economische zone van een Partij of op het continentaal plat van een Partij in verband met de exploitatie of exploratie van de natuurlijke rijkdommen van die exclusieve economische zone of dat continentaal plat,

mits de rechters van een Partij krachtens het Verdrag van Parijs bevoegd zijn.

b) Iedere ondertekenende of toetredende Regering kan bij de ondertekening van dit Verdrag of bij de toetreding daartoe dan wel bij de nederlegging van haar akte van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring verklaren, dat zij voor de toepassing van lid (a)(ii) 2 natuurlijke personen die volgens haar recht hun gewone verblijfplaats op haar grondgebied hebben, of bepaalde categorieën daarvan, gelijkstelt met haar eigen onderdanen.

c) Voor de toepassing van dit artikel wordt onder de uitdrukking „onderdaan van een Partij” mede verstaan iedere Partij of ieder staatsrechtelijk onderdeel van een Partij, of iedere publiek- of privaatrechtelijke rechtspersoon, alsmede ieder publiek- of privaatrechtelijk lichaam zonder rechtspersoonlijkheid, gevestigd op het grondgebied van een Partij.

C. Artikel 3 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 3

a) Overeenkomstig de bepalingen van dit Verdrag verplichten de Partijen zich ervoor zorg te dragen, dat de in artikel 2 bedoelde kernschade tot een bedrag van 1500 miljoen euro per kernongeval wordt vergoed, onverminderd de toepassing van artikel 12bis.

b) Deze schadevergoeding vindt plaats:

- i) tot een bedrag van ten minste 700 miljoen euro vast te stellen krachtens de wetgeving van de Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen, uit middelen afkomstig van een verzekering of andere financiële zekerheid of uit de ingevolge artikel 10(c) van het Verdrag van Parijs verstrekte openbare middelen, en uit te keren tot een bedrag van 700 miljoen euro in overeenstemming met het Verdrag van Parijs;
- ii) tussen het in lid (b)(i) bedoelde bedrag en 1 200 miljoen euro, uit openbare middelen, ter beschikking te stellen door de Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen;
- iii) tussen 1 200 miljoen euro en 1 500 miljoen euro uit openbare middelen, ter beschikking te stellen door de Partijen volgens de in artikel 12 bedoelde verdeelsleutel, onder voorbehoud dat een dergelijk bedrag wordt verhoogd in overeenstemming met het in artikel 12bis bedoelde mechanisme.

c) Te dien einde moet elke Partij:

- i) hetzij ingevolge haar wetgeving vaststellen dat de aansprakelijkheid van de exploitant ten minste het in lid (a) bedoelde bedrag bedraagt, en bepalen dat deze aansprakelijkheid wordt gedekt door alle in lid (b) bedoelde middelen;

- ii)* hetzij ingevolge haar wetgeving de aansprakelijkheid van de exploitant vaststellen op een bedrag dat ten minste gelijk is aan het overeenkomstig lid *(b)(i)* hierboven of artikel 7(*b*) van het Verdrag van Parijs vastgestelde bedrag, en bepalen dat boven dat bedrag tot het in lid *(a)* bedoelde bedrag, de in lid *(b)(i)*, *(ii)* en *(iii)* bedoelde openbare middelen ter beschikking worden gesteld anders dan ter dekking van de aansprakelijkheid van de exploitant, mits geen inbreuk wordt gemaakt op de in dit Verdrag vastgestelde materieelrechtelijke en procesrechtelijke regels.
- d)* De verplichting van de exploitant tot betaling van schadevergoeding, interest of kosten uit de overeenkomstig de leden *(b)(ii)* en *(iii)* en *(g)* ter beschikking gestelde openbare middelen is jegens hem slechts afdwingbaar indien en voor zover deze middelen daadwerkelijk ter beschikking worden gesteld.
- e)* Wanneer een Staat gebruik maakt van de in artikel 21(*c*) van het Verdrag van Parijs bedoelde optie kan deze alleen Partij bij dit Verdrag worden indien hij waarborgt dat middelen beschikbaar zijn om het verschil tussen het bedrag waarvoor de exploitant aansprakelijk is en 700 miljoen euro te dekken.
- f)* Bij de uitvoering van dit Verdrag verplichten de Partijen zich ertoe, ten aanzien van vergoeding van kernschade uit de in lid *(a)* bedoelde middelen, geen gebruik te maken van de in artikel 15(*b*) van het Verdrag van Parijs bedoelde bevoegdheid om bijzondere voorwaarden te stellen, anders dan die welke zijn neergelegd in dit Verdrag.
- g)* De in artikel 7(*h*) van het Verdrag van Parijs bedoelde kosten en interesten zijn verschuldigd boven de in lid *(b)* genoemde bedragen en zijn, naar gelang zij zijn toegewezen uit hoofde van schadevergoeding ten laste van de middelen bedoeld in:
- i)* lid *(b)(i)*, voor rekening van de aansprakelijke exploitant;
- ii)* lid *(b)(ii)*, voor rekening van de Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen, naargelang van de door die Partij beschikbaar gestelde middelen;
- iii)* lid *(b)(iii)*, voor rekening van de Partijen gezamenlijk.
- h)* De in dit Verdrag genoemde bedragen worden omgerekend in de nationale munteenheid van de Partij waarvan de rechters bevoegd zijn, volgens de waarde van die munteenheid op de datum van het ongeval, tenzij met betrekking tot een bepaald ongeval een andere datum door de Partijen wordt overeengekomen.

D. Artikel 4 wordt uit het Verdrag verwijderd.

E. Artikel 5 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 5

Indien de aansprakelijke exploitant recht van verhaal heeft overeenkomstig artikel 6(*f*) van het Verdrag van Parijs, hebben de Partijen bij dit Verdrag hetzelfde recht van verhaal, voor zover ingevolge artikel 3(*b*) en *(g)* openbare middelen beschikbaar zijn gesteld.

F. Artikel 6 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 6

Voor de berekening van de krachtens dit Verdrag ter beschikking te stellen openbare middelen worden uitsluitend de rechten op schadevergoeding in aanmerking genomen, die binnen een termijn van dertig jaar na de datum van het kernongeval in geval van overlijden of persoonlijk letsel, en tien jaar na de datum van het kernongeval in geval van alle overige kernschade, uitgeoefend worden. Deze termijn wordt bovendien verlengd in de gevallen en onder de voorwaarden vermeld in artikel 8(*e*) van het Verdrag van Parijs.

Wijzigingen van vorderingen gemaakt na het verstrijken van deze termijn, worden mede in aanmerking genomen overeenkomstig de voorwaarden vastgesteld in artikel 8(f) van het Verdrag van Parijs.

G. Artikel 7 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 7

Wanneer een Partij gebruik maakt van de bevoegdheid, voorzien in artikel 8(d) van het Verdrag van Parijs, is de door haar bepaalde termijn een verjaringstermijn van ten minste drie jaar, die ingaat op de dag waarop de persoon die schade heeft geleden kennis draagt of redelijkerwijze geacht kan worden kennis te dragen van de schade en de aansprakelijke exploitant.

H. Artikel 8 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 8

Ieder die aan dit Verdrag een aanspraak op schadevergoeding ontleent, heeft recht op de volledige vergoeding van de geleden kernschade overeenkomstig het nationale recht, met dien verstande dat wanneer het bedrag van deze schade 1 500 miljoen euro te boven gaat of waarschijnlijk te boven gaat, elke Partij billijke maatstaven voor de verdeling van het krachtens dit Verdrag beschikbare bedrag aan schadevergoeding kan vaststellen. Deze maatstaven worden toegepast ongeacht de herkomst van de middelen en, met inachtneming van het bepaalde in artikel 2, zonder onderscheid naar nationaliteit, woon- of verblijfplaats van de persoon die de schade heeft geleden.

I. Artikel 9 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 9

a) De regeling volgens welke de krachtens dit Verdrag beschikbaar gestelde openbare middelen worden betaald, is die van de Partij waarvan de rechters bevoegd zijn.

b) Iedere Partij draagt er zorg voor dat personen die kernschade hebben geleden hun rechten op schadevergoeding kunnen uitoefenen, zonder dat zij afzonderlijke gedingen, die naargelang van de herkomst van de voor deze schadevergoeding bestemde gelden verschillen, aanhangig behoeven te maken.

c) Een Partij is gehouden de in artikel 3(b)(iii) bedoelde middelen beschikbaar te stellen zodra het bedrag van de schadevergoeding uit hoofde van dit Verdrag het totaal van de in artikel 3(b)(i) en (ii) heeft bereikt, ongeacht de vraag of de door de exploitant ter beschikking te stellen middelen beschikbaar blijven of de vraag of de aansprakelijkheid van de exploitant niet tot een bepaald bedrag is beperkt.

J. Artikel 10 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 10

a) De Partij wier rechters bevoegd zijn, is verplicht de overige Partijen in te lichten omtrent een kernongeval en de toedracht, zodra blijkt dat de schade, veroorzaakt door dit ongeval, de som van de in artikel 3(b)(i) en (ii) bedoelde bedragen te boven gaat of dreigt te boven te gaan. De Partijen nemen onverwijld alle maatregelen die voor het regelen van hun betrekkingen terzake noodzakelijk zijn.

b) Alleen de Partij wier rechters bevoegd zijn kan van de overige Partijen de terbeschikkingstelling van de in artikel 3(b)(iii) en (g) bedoelde openbare middelen verlangen en is bevoegd tot uitkering van deze middelen.

c) Deze Partij oefent zo nodig de in artikel 5 bedoelde verhaalsrechten uit ten behoeve van de overige Partijen, indien deze uit hoofde van artikel 3(b)(iii) en (g) openbare middelen ter beschikking hebben gesteld.

d) Dadingen en schikkingen die zijn aangegaan overeenkomstig de in de nationale wetgeving bepaalde voorwaarden met betrekking tot de vergoeding van kernschade uit de in artikel 3(b)(ii) en (iii) bedoelde openbare middelen, worden door de overige Partijen erkend en vonnissen gewezen door de bevoegde rechters terzake van zodanige schadevergoeding, worden uitvoerbaar op het grondgebied van de overige Partijen overeenkomstig de bepalingen van artikel 13(i) van het Verdrag van Parijs.

K. Artikel 11 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 11

a) Indien de rechters van een andere Partij dan die op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen, bevoegd zijn, worden de in artikel 3(b)(ii) en (g) bedoelde openbare middelen uitgekeerd door de eerstbedoelde Partij. De Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen, betaalt de uitgekeerde bedragen aan de andere Partij terug. De beide Partijen bepalen in onderlinge overeenstemming de wijze van terugbetaling.

b) Indien meer dan één Partij gehouden is openbare middelen beschikbaar te stellen ingevolge artikel 3(b)(ii) en (g), zijn de bepalingen van lid (a) van overeenkomstige toepassing. Terugbetaling vindt plaats naar de mate waarin elke exploitant tot het kernongeval heeft bijgedragen.

c) Wanneer de Partij wier rechters bevoegd zijn, na het tijdstip van het kernongeval wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen vaststelt die betrekking hebben op de aard, de vorm en de omvang van de schadevergoeding, op de wijze van de terbeschikkingstelling van de in artikel 3(b)(ii) en (g) bedoelde openbare middelen en eventueel op de maatstaven voor de verdeling van deze middelen, raadpleegt zij dienaangaande de Partij op wier grondgebied de kerninstallatie van de aansprakelijke exploitant is gelegen. Bovendien treft zij alle vereiste maatregelen, teneinde laatstgenoemde Partij in staat te stellen zich in gedingen te voegen of daarin tussen te komen en deel te nemen aan dadingen en schikkingen inzake schadevergoeding.

L. Artikel 12 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 12

a) De verdeelsleutel volgens welke de Partijen de in artikel 3(b)(iii) bedoelde openbare middelen ter beschikking stellen, wordt als volgt vastgesteld :

- i) voor 35% op de grondslag van de verhouding tussen het bruto nationaal product tegen lopende prijzen van elke Partij, enerzijds, en het gezamenlijk bedrag van het bruto nationaal product tegen lopende prijzen van alle Partijen, anderzijds, zoals deze cijfers voor het jaar voorafgaande aan dat waarin het kernongeval zich heeft voorgedaan, worden afgeleid uit de officiële statistieken, gepubliceerd door de Organisatie voor Economische Samenwerking en Ontwikkeling;
- ii) voor 65% op de grondslag van de verhouding tussen het thermisch vermogen van de reactoren die zich op het grondgebied van elke Partij bevinden, enerzijds, en het gezamenlijk thermisch vermogen van de reactoren die zich op het grondgebied van alle Partijen bevinden, anderzijds. Deze berekening wordt gebaseerd op het thermisch vermogen van de reactoren die op de datum van het kernongeval voorkomen op de in artikel 13 bedoelde lijst, met dien verstande dat een reactor voor deze berekening slechts in aanmerking wordt genomen vanaf de dag waarop hij voor het eerst kritisch is geworden en dat een reactor bij de berekening buiten beschouwing wordt gelaten wanneer alle splijtstoffen permanent uit de reactorkern zijn verwijderd en in overeenstemming met goedgekeurde procedures veilig zijn opgeslagen.

b) Voor de toepassing van dit Verdrag wordt onder „thermisch vermogen” verstaan:

- i) vóór de afgifte van de definitieve vergunning tot exploitatie: het verwachte thermisch vermogen;

- ii) na de afgifte van een zodanige vergunning: het door de bevoegde nationale autoriteiten toegestane thermisch vermogen.

M. Na artikel 12 wordt het volgende nieuwe artikel 12bis ingevoegd:

Artikel 12bis

a) In geval van toetreding tot dit Verdrag worden de het in artikel 3(b)(iii) bedoelde openbare middelen verhoogd met:

- i) 35% van een bedrag vastgesteld door op bovengenoemd bedrag de verhouding toe te passen tussen het bruto nationaal product tegen lopende prijzen van de toetredende Partij, enerzijds, en het gezamenlijk bedrag van het bruto nationaal product tegen lopende prijzen van alle Partijen, met uitzondering van dat van de toetredende Partij, anderzijds, en
- ii) 65% van een bedrag vastgesteld door op bovengenoemd bedrag de verhouding toe te passen tussen het thermisch vermogen van de reactoren die zich op het grondgebied van de toetredende Partij bevinden, enerzijds, en het gezamenlijk thermisch vermogen van de reactoren die zich op het grondgebied van alle Partijen bevinden, met uitzondering van dat van de toetredende Partij, anderzijds.

b) Het in lid (a) bedoelde verhoogde bedrag wordt afgerond op het dichtstbij gelegen bedrag uitgedrukt in duizendtallen euro.

c) Het bruto nationaal product van de toetredende Partij wordt vastgesteld overeenkomstig de officiële statistieken, gepubliceerd door de Organisatie voor Economische Samenwerking en Ontwikkeling, voor het jaar voorafgaande aan het jaar waarin de toetreding van kracht wordt.

d) Het thermisch vermogen van de toetredende Partij wordt vastgesteld overeenkomstig de lijst van kerninstallaties die door die Regering ingevolge artikel 13(b) aan de Belgische Regering is medegedeeld, met dien verstande dat voor de berekening van de bijdragen uit hoofde van lid (a)(ii), een reactor slechts in aanmerking wordt genomen vanaf de dag waarop hij voor het eerst kritisch is geworden en dat een reactor bij de berekening buiten beschouwing wordt gelaten wanneer alle splijtstoffen permanent uit de reactorkern zijn verwijderd en in overeenstemming met goedgekeurde procedures veilig zijn opgeslagen.

N. De leden (a), (b), (f) en (i) van artikel 13 worden vervangen door de volgende tekst:

Artikel 13

a) Elke Partij draagt er zorg voor dat alle op haar grondgebied gelegen kerninstallaties voor vreedzaam gebruik, die beantwoorden aan de begripsbepalingen, vervat in artikel 1 van het Verdrag van Parijs, op een lijst worden vermeld.

b) Te dien einde deelt elke ondertekenende of toetredende Regering bij de nederlegging van haar akte van bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring of toetreding aan de Belgische Regering de volledige gegevens van die installaties mede.

f) Indien een Partij van mening is dat de gegevens of een in de lijst aan te brengen wijziging, medegedeeld door een andere Partij, niet in overeenstemming is met de bepalingen van dit artikel, kan zij daartegen slechts bezwaren inbrengen door deze aan de Belgische Regering mede te delen binnen drie maanden te rekenen vanaf de datum waarop zij een kennisgeving overeenkomstig lid (h) heeft ontvangen.

i) De gegevens en wijzigingen bedoeld in de leden (b), (c), (d), en (e) vormen tezamen de in dit artikel bedoelde lijst; bezwaren ingediend overeenkomstig het bepaalde in de leden (f) en (g) hebben, indien zij worden erkend, terugwerkende kracht tot de dag waarop zij zijn ingediend.

O. Artikel 14 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 14

- a) Voor zover in dit Verdrag niet anders is bepaald, kan iedere Partij de haar door het Verdrag van Parijs toegekende bevoegdheden uitoefenen; alle uit dien hoofde getroffen maatregelen kunnen voor de terbeschikkingstelling van de openbare middelen, bedoeld in artikel 3(b)(ii) en (iii), tegen de andere Partijen worden ingeroepen.
- b) De door een Partij overeenkomstig artikel 2(b) van het Verdrag van Parijs genomen maatregelen ten gevolge waarvan de in artikel 3(b)(ii) en (iii) bedoelde openbare middelen ter beschikking moeten worden gesteld, kunnen echter slechts tegen een andere Partij worden ingeroepen voor zover deze daarin heeft toegestemd.
- c) Dit Verdrag belet niet dat een Partij voorzieningen treft buiten het kader van het Verdrag van Parijs en van dit Verdrag, mits deze geen verdere verplichtingen voor de andere Partijen medebrengen ten aanzien van de door deze Partijen ter beschikking te stellen openbare middelen.
- d) Wanneer alle Partijen bij dit Verdrag andere verdragen op het gebied van aanvullende vergoeding voor kernschade bekrachtigen, aanvaarden, goedkeuren of daartoe toetreden, kan een Partij bij dit Verdrag de ingevolge artikel 3(b)(iii) van dit Verdrag ter beschikking te stellen middelen aanwenden ter vervulling van een verplichting die zij uit hoofde van een dergelijk ander verdrag zou kunnen hebben om aanvullende vergoeding voor kernschade uit openbare middelen ter beschikking te stellen.

P. Artikel 15 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 15

- a) Elke Partij kan met een Staat die geen Partij is bij dit Verdrag een overeenkomst sluiten inzake vergoeding uit openbare middelen van door een kernongeval veroorzaakte schade. Elke Partij die voornemens is een dergelijke overeenkomst te sluiten, stelt de overige Partijen van haar voornemen in kennis. Van gesloten overeenkomsten wordt kennisgeving gedaan aan de Belgische Regering.
- b) Voor zover de voorwaarden voor de betaling van schadevergoeding volgens een dergelijke overeenkomst niet gunstiger zijn dan die welke voortvloeien uit de door de betrokken Partij getroffen maatregelen voor de toepassing van het Verdrag van Parijs en van dit Verdrag, kan, indien het bepaalde in artikel 8 van toepassing is, het bedrag van de te vergoeden schade, veroorzaakt door een kerngeval waarop dit Verdrag van toepassing is, en waarvoor krachtens een dergelijke overeenkomst schadevergoeding dient te worden betaald in aanmerking worden genomen bij de berekening van het totale schadebedrag ten gevolge van dat ongeval.
- c) Het bepaalde in de leden (a) en (b) kan in geen geval wijziging brengen in de verplichtingen die krachtens artikel 3(b)(ii) en (iii) rusten op de Partijen die niet toestemmen in een dergelijke overeenkomst.

Q. Artikel 17 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 17

- a) Ingeval een geschil ontstaat tussen twee of meer Partijen betreffende de interpretatie of toepassing van dit Verdrag, plegen de partijen bij het geschil overleg met het oog op regeling van het geschil door middel van onderhandeling of met andere vreedzame middelen.
- b) Wanneer een in lid (a) bedoeld geschil niet is geregeld binnen zes maanden, te rekenen vanaf de datum waarop door een van de partijen bij het geschil het bestaan ervan wordt erkend, komen de Partijen bijeen teneinde de partijen bij het geschil bij te staan bij het treffen van een minnelijke schikking.

c) Wanneer binnen drie maanden, te rekenen vanaf de in lid (b) bedoelde bijeenkomst, het geschil niet is beslecht, wordt het geschil op verzoek van een van de partijen daarbij voorgelegd aan het Europese Tribunaal voor Kernenergie, ingesteld bij het Verdrag van 20 december 1957 inzake de instelling van een veiligheidscontrole op het gebied van de kernenergie.

d) Wanneer een kernongeval aanleiding geeft tot een geschil tussen twee of meer Partijen betreffende de interpretatie of toepassing van het Verdrag van Parijs en van dit Verdrag, is de procedure voor het beslechten van een dergelijk geschil de procedure bedoeld in artikel 17 van het Verdrag van Parijs.

R. Artikel 18 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 18

a) Ten aanzien van één of meer bepalingen van dit Verdrag kan te allen tijde vóór de bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring van dit Verdrag een voorbehoud worden gemaakt, indien de bepalingen daarvan uitdrukkelijk door alle ondertekenende Regeringen zijn aanvaard of, bij de toetreding dan wel bij de toepassing van de artikelen 21 en 24, indien de bepalingen daarvan van dat voorbehoud uitdrukkelijk door alle ondertekenende en toetredende Regeringen zijn aanvaard.

b) Een zodanige aanvaarding is niet vereist van een ondertekenende Regering die niet zelf dit Verdrag heeft bekrachtigd, aanvaard of goedgekeurd binnen een termijn van 12 maanden na de dag waarop haar door de Belgische Regering overeenkomstig artikel 25 mededeling is gedaan van een zodanig voorbehoud.

c) Elk voorbehoud dat overeenkomstig lid (a) is aanvaard, kan te allen tijde door middel van een aan de Belgische Regering gerichte kennisgeving worden ingetrokken.

S. Artikel 20 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 20

a) De Bijlage bij dit Verdrag maakt een integrerend deel daarvan uit.

b) Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd, aanvaard of goedgekeurd. De akten van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring worden nedergelegd bij de Belgische Regering.

c) Dit Verdrag treedt in werking drie maanden na de datum van nederlegging van de zesde akte van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring.

d) Voor iedere ondertekenende Regering die dit Verdrag bekrachtigt, aanvaardt of goedkeurt na de nederlegging van de zesde akte van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring zal het van kracht worden drie maanden na de nederlegging van haar akte van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring.

T. Artikel 21 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 21

Wijzigingen van dit Verdrag worden aangenomen met onderling goedvinden van alle Partijen. Zij worden van kracht op de datum waarop alle Partijen deze hebben bekrachtigd, aanvaard of goedgekeurd.

U. Artikel 25 wordt vervangen door de volgende tekst:

Artikel 25

De Belgische Regering doet aan alle ondertekenende en toetredende Regeringen mededeling van de ontvangst van iedere akte van bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring, toetreding of opzegging en van alle

kennisgevingen die zij heeft ontvangen. Zij doet hun eveneens mededeling van het tijdstip waarop dit Verdrag in werking treedt, van de tekst van de wijzigingen van dit Verdrag en van het tijdstip waarop deze wijzigingen van kracht worden, van de voorbeholden welke overeenkomstig artikel 18 worden gemaakt, alsmede van eventuele verhoging van de schadevergoedingen die moeten worden verstrekt krachtens artikel 3(a) als gevolg van de toepassing van artikel 12bis.

V. De Bijlage wordt vervangen door de volgende tekst:

Bijlage

BIJ HET VERDRAG VAN 31 JANUARI 1963 TOT AANVULLING VAN HET VERDRAG VAN PARIJS VAN 29 JULI 1960 INZAKE WETTELIJKE AANSPRAKELIJKHEID OP HET GEBIED VAN DE KERNENERGIE, ZOALS GEWIJZIGD BIJ HET AANVULLEND PROTOCOL VAN 28 JANUARI 1964, BIJ HET PROTOCOL VAN 16 NOVEMBER 1982 EN BIJ HET PROTOCOL VAN 12 FEBRUARI 2004

DE REGERINGEN VAN DE PARTIJEN verklaren dat de vergoeding van de kernschade, veroorzaakt door een kernongeval waarop het aanvullende Verdrag niet van toepassing is, uitsluitend omdat de betrokken kerninstallatie, op grond van het gebruik daarvan, niet is opgenomen in de in artikel 13 van het aanvullende Verdrag bedoelde lijst (daaronder begrepen het geval dat die installatie, die niet op de lijst voorkomt, door één of meer doch niet alle Regeringen geacht wordt niet te vallen onder het Verdrag van Parijs):

- plaatsvindt zonder enig onderscheid tussen de onderdanen van de Partijen bij dit aanvullende Verdrag; en
- niet wordt beperkt tot minder dan 1500 miljoen euro.

Voorts zullen deze Regeringen ernaar streven, de voorschriften inzake schadeloosstelling van de benadeelden bij dergelijke kernongevallen, voor zover zulks nog niet het geval is, zoveel mogelijk aan te passen aan die welke zijn vastgesteld voor kernongevallen welke zich voordoen in verband met de kerninstallaties die onder het aanvullende Verdrag vallen.

II.

a) Tussen de Partijen bij dit Protocol maken de bepalingen daarvan een integrerend deel uit van het Verdrag van 31 januari 1963 tot aanvulling van het Verdrag van Parijs van 29 juli 1960 inzake wettelijke aansprakelijkheid op het gebied van de kernenergie, zoals gewijzigd bij het Aanvullend Protocol van 28 januari 1964 en bij het Protocol van 16 november 1982 (hierna te noemen het „Verdrag”), dat aangehaald kan worden als het „Verdrag van 31 januari 1963 tot aanvulling van het Verdrag van Parijs van 29 juli 1960, zoals gewijzigd bij het Aanvullend Protocol van 28 januari 1964, bij het Protocol van 16 november 1982 en bij het Protocol van 12 februari 2004”.

b) Dit Protocol dient te worden bekrachtigd, aanvaard of goedgekeurd. De akten van bekrachtiging, aanvaarding of goedkeuring van dit Protocol worden nedergelegd bij de Belgische Regering.

c) De ondertekenende Regeringen van dit Protocol die het Verdrag reeds hebben bekrachtigd of daartoe reeds zijn toegetreden, brengen hun voornemen dit Protocol te bekrachtigen, te aanvaarden of goed te keuren zo spoedig mogelijk tot uitdrukking. De overige ondertekenende Regeringen van dit Protocol verplichten zich ertoe het te bekrachtigen, aanvaarden of goed te keuren op het tijdstip waarop zij het Verdrag bekrachtigen.

d) Dit Protocol staat open voor toetreding overeenkomstig de bepalingen van artikel 22 van het Verdrag. Toetredingen tot het Verdrag worden slechts geaccepteerd indien deze gepaard gaan met toetreding tot dit Protocol.

e) Dit Protocol treedt in werking overeenkomstig de bepalingen van artikel 21 van het Verdrag.

f) De Belgische Regering stelt alle ondertekenende en toetredende Regeringen in kennis van de ontvangst van iedere akte van bekrachtiging, aanvaarding, goedkeuring of toetreding.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll mit ihren Unterschriften versehen.

GESCHEHEN ZU Paris am 12. Februar 2004 in deutscher, englischer, französischer, italienischer, niederländischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der belgischen Regierung hinterlegt wird ; dieser übermittelt allen Unterzeichnern und allen beitretenden Regierungen beglaubigte Abschriften.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned Plenipotentiaries, duly empowered, have signed this Protocol.

DONE at Paris, this 12th day of February 2004 in the English, Dutch, French, German, Italian and Spanish languages, the six texts being equally authoritative, in a single copy which shall be deposited with the Belgian Government by whom certified copies will be communicated to all Signatories and acceding Governments.

EN FE DE LO CUAL los Plenipotenciarios infrascritos, debidamente habilitados, estampan sus firmas al pie del presente Protocolo.

HECHO en París, el 12 de febrero 2004, en español, en alemán, en francés, en inglés, en italiano y en neerlandés, los seis textos dando igualmente fé, en un ejemplar único que será depositado en poder del Gobierno belga, el cual entregará una copia certificada conforme del mismo a todos los signatarios y a los Gobiernos que se adhieran.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires soussignés, dûment habilités, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

FAIT à Paris, le 12 février 2004 en français, en allemand, en anglais, en espagnol, en italien et en néerlandais, les six textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé auprès du Gouvernement belge qui en communiquera une copie certifiée conforme à tous les Signataires et aux Gouvernements adhérents.

IN FEDE DI CHE, i Plenipotenziari sottoscritti, debitamente abilitati, hanno apposto le loro firme in calce al presente Protocollo.

FATTO a Parigi, il 12 febbraio 2004, in italiano, francese, inglese, olandese, spagnolo e tedesco, i sei testi facenti ugualmente fede, in un solo esemplare che sarà depositato presso il Governo belga che ne rilascerà copia conforme autenticata a tutti i Firmatari ed ai Governi aderenti.

TEN BLIJKE WAARVAN de daartoe behoorlijk gemachtigde gevolmachtigden dit Protocol hebben ondertekend.

GEDAAN te Parijs, OP 12 FEBUARI 2004, in de Nederlandse, de Duitse, de Engelse, de Franse, de Italiaanse en de Spaanse taal, zijnde de zes teksten gelijkelijk authentiek, in één enkel exemplaar dat zal worden nedergelegd bij de Belgische Regering, die gewaarmerkte afschriften daarvan zal doen toekomen aan alle ondertekenende en toetredende Regeringen.

Für die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND :
For the FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY :
Por la REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA :
Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE :
Per la REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA :
Voor de BONDSREPUBLIC DUTSLAND :

Für BELGIEN :
For BELGIUM :
Por BÉLGICA :
Pour la BELGIQUE :
Per il BELGIO :
Voor BELGIE :

Für DÄNEMARK :
For DENMARK :
Por DINAMARCA :
Pour le DANEMARK :
Per la DANIMARCA :
Voor DENEMARKEN :

Für SPANIEN :
For SPAIN :
Por ESPAÑA :
Pour l'ESPAGNE :
Per la SPAGNA :
Voor SPANJE :

Für FINNLAND :
For FINLAND :
Por FINLANDIA :
Pour la FINLANDE :
Per la FINLANDIA :
Voor FINLAND :

Für FRANKREICH :
For FRANCE :
Por FRANCIA :
Pour la FRANCE :
Per la FRANCIA :
Voor FRANKRIJK :

Für ITALIEN :
For ITALY :
Por ITALIA :
Pour l'ITALIE :
Per l'ITALIA :
Voor ITALIE :

Für NORWEGEN :
For NORWAY :
Por NORUEGA :
Pour la NORVÈGE :
Per la NORVEGA :
Voor NOORWEGEN :

Für die NIEDERLANDE :
For the NETHERLANDS :
Por los PAÍSES BAJOS :
Pour les PAYS-BAS :
Per i PAESI BASSI :
Voor NEDERLAND :

Für das VEREINIGTE KÖNIGREICH
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND :
For the UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND :
Por el REINO UNIDO DE GRAN BRETAÑA
E IRLANDA DEL NORTE :
Pour le ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD :
Per il REGNO UNITO DI GRAN BRETAGNA
ET D'IRLANDE DEL NORD :
Voor het VERENIGD KONINKRIJK VAN
GROOT-BRITTANNIE EN NOORD-IERLAND :

Für SCHWEDEN :

For SWEDEN :

Por SUECIA :

Pour la SUÈDE :

Per la SVEZIA :

Voor ZWEDEN :

Für die SCHWEIZ :

For SWITZERLAND :

Por SUIZA :

Pour la SUISSE :

Per la SVIZZERA :

Voor SWITSERLAND :

Für SLOWENIEN :

For SLOVENIA :

Por SLOVENIA :

Pour la SLOVÉNIE :

Per la SLOVENIA :

Voor SLOWENIEN :

La présente copie est certifiée conforme à l'exemplaire unique des textes en langues allemande, anglaise, espagnole, française, italienne et néerlandaise du Protocole portant modification de la Convention du 31 janvier 1963 complémentaire à la Convention de Paris du 29 juillet 1960 sur la responsabilité civile dans le domaine de l'énergie nucléaire, amendée par le Protocole additionnel du 28 janvier 1964 et par le Protocole du 16 novembre 1982,

signé à Paris le 12 février 2004

et déposé auprès du Gouvernement belge.

Le Conseiller, Service des Traités,
Service public fédéral Affaires étrangères,
Commerce extérieur & Coopération au
Développement, Belgique

Ann De Ridder